

Holzarbeiter-Zeitung

Organ des Deutschen Holzarbeiter-Verbandes.

Erscheint wöchentlich am Sonnabend.
Abonnementspreis Mk. 1,50 pro Vierteljahr. Zu beziehen durch
alle Postanstalten. Für Verbandsmitglieder unentgeltlich.

Verantwortlich für die Redaktion: M. Rappert, Berlin.
Für die Expedition und den Anzeigenteil: Eduard Steinbrenner, Berlin.
Redaktion und Expedition: Berlin C. 2, Neue Friedrichstr. 2.

Inserate für die viergespaltene Beilage oder deren Raum 60 Pfg.
Vergütungsanzeigen und Arbeitervermittlungen 30 Pfg.
Veranstaltungsanzeigen 15 Pfg.

Interessengegensatz.

Es ist kein Zweifel, daß die Arbeiterschaft Deutschlands bewegteren, und zwar kampfreicheren Tagen entgegengeht. Denn während auf der einen Seite die Schwierigkeiten der politischen Lage infolge des Einmüchens und Kasstratentums der bürgerlichen Parteien immer größer werden, während die provokatorische Politik der Regierung zu einer Neigung der arbeitenden Klassen bedenklicherer Art führt und sich die antisoziale Herrschaft der Junker immer unerbittlicher äußert, zeigt sich auf der anderen Seite das Bestreben, die Arbeiter durch die agrarische Handelspolitik und das industrielle Scharfmachertum zur Verzweiflung zu treiben! Nicht anders kann man die Absicht und Wirkung bezeichnen, die aus dem Verhalten der Junker und der ihnen verbündeten Schlotsherren hervorgehen. Denn immer erregbarer wird die Prostitution der Grund- und Bodenbesitzer, immer unerschämter auch die Haltung der Scharfmacheragenten. Indes jene dem darstellenden Volke die Taschen leeren, versuchen die letzteren, ihm die Hände zu binden. Mittels Abschpernung der Grenzen werden die Preise landwirtschaftlicher Produkte im Inlande hoch und immer höher getrieben, und durch politische Entrechtung, sowie durch die Vereitelung oder Verschlechterung jeder ernstlichen sozialen Reform soll die wirtschaftliche Selbsthilfe der Arbeiter zunichte und unmöglich gemacht werden. Weber sollen die Lebensmittel erschwinglicher, noch die Arbeitslöhne und -bedingungen aufgebessert werden! Kein Brot und kein Arbeiterschutz — ewiges Entbehren und Hungern, damit sich die Junker den Bauch mästen können; ewiges Mattern und Krüppeln, damit die Ausbeuter ungehindert ihren Profit genießen können; das gelaßt man der Arbeiterschaft von heute bieten zu dürfen! So sieht die „vaterländische“ Politik der Herrschenden aus!

Und zu all dem Schaden haben unsere Reimiger noch die Frechheit, den Hohn zu stiften. „Was? Willige Nachsicht will das Arbeitervolk? Damit es sich noch mehr den Wagen überfüllen! Es gibt keine Lennerung! Die ewigen Lohnherabsetzungen sind schuld daran! Sollen Krant und Kratoffeln fressen!“ . . . Natürlich drücken sich unsere P. T. Arbeiterfeinde vorsichtiger aus und sowohl Junker wie Scharfmacherschnock weisen mit gut gespielter Enttäuschung den Verdacht zurück, als ob sie es mit dem Arbeiter etwas nicht gut meinen. Denn beide, und zu ihnen gesellt sich noch der Zentrumsbruder, sind einander geistlich- und seelenverwandt, obgleich bei ihnen von Geist und Seele zu reden eine Blasphemie ist. Der Herrliche Auch-Arbeiterführer, der sich im Hohlspiegel seiner Eitelkeit selbst tarnt, ebenso wie der industrielle Tintenfaß, der ein Pfauenrad nach dem andern schlägt und nicht sieht, daß ihn die eigenen Großgebeer auslachen — beide sind aus einem Holze geschnitten und auf den Arbeiter dressiert, um ihn unter der patriotischen Maske verknechten zu helfen. In ihrem Hass gegen die Arbeiterschaft sind sie einig, der katholische wie der protestantische Helfershelfer des Ausbeutertums! Das Kapital ist reich genug und kann viele Landstrolähe bezahlen.

Seit langem gehen die Scharfmacher der Industrie mit den Junkern Hand in Hand. Und man versteht auch, weshalb die Industriellen nichts gegen die Agrarier unternehmen, welche „ihren“ Arbeitern die Lebensmittel verteuern. Die Industriellen brauchen die Agrarier für den Kampf gegen die Arbeiterschaft. Der Massenhaß gegen das Proletariat vereinigt beide zu einer Phalanx. Und da gibt es noch immer Millionen Arbeiter, die das Gebot der Solidarität mit ihren Brüdern mißachten! Gibt es noch immer Kollegen, die sich mit Leib und Seele, mit Haut und Haaren dem Erzfeind verschreiben, die gegen ihr eigenes Fleisch und Blut wüten! Statt eine einzige Front wider das kapitalistische Ausbeutertum in Stadt und Land zu bilden, geben sich Zubasse, Verräter an der heiligen Sache des unterdrückten Proletariats, dazu her, den Unterdrückten eine Schutztruppe beizustellen! . . . Diese Unglückseligen scheinen blind zu sein und die Folgen der kapitalistischen Schandwirtschaft nicht zu sehen. Oder meinen sie, daß dies eine von Gott gewollte Ordnung ist? Wäre es ein Naturgesetz, daß die einen — die Kapitalisten — die anderen — die Proletarier — so schändlich ausbeuten und ausplündern dürfen? Und zwar immer und überall, jederzeit und bei jeder Gelegenheit? Von der Wiege bis zum Grabe, ununterbrochen, als Kind, Jüngling, Mann und Greis, wird der Proletarier von den Reichen und Mächtigen überverteilt, betrogen und verhöhnt obendrein! Täglich vom frühen Morgen bis zum späten Abend, oft auch in der Nacht, ist der Arbeiter ein Gegenstand der Ausbeutung. Während der Arbeit und nach der Arbeit, ob er sitzt oder

trinkt, fährt oder geht, in gesundem und krankem Zustande — stets muß er, der Besitzlose, den Besitzenden Tribut zollen und sich mit wenigem zufriedengeben, wobei er oft nicht einmal das Notwendige hat. Er ist das meist begehrte Objekt der Beschöpfung, wenn es sich ums Fahren handelt. Die Herrschenden haben zwar, um äußerlich die Rechtsgleichheit nicht zu verletzen, gleichfalls Pflichten auf sich genommen, und zwar dieselben Pflichten wie die Armen; aber trotzdem kann von einem gleichen Recht nicht gesprochen werden. Diese „Gleichheit“ ist nur Schein, nur eine formelle, nicht zugleich auch eine materielle Rechtsgleichheit. Nicht allein, daß den Proletarier jede Pflicht wegen seiner Besitzlosigkeit viel schwerer trifft als den Kapitalisten, er wird auch schon nach dem Gesetze viel härter behandelt als der letztere. Was nützt es ihm, wenn es heißt, der Weg zu den Kämtern und Würden des Staates stehe ihm ebenso offen wie dem reichen Mann? Er kann ja doch nur die Volksschule besuchen, und die ist so elend, daß er — und wäre er geistig noch so begabt! — es im Leben doch nicht weiter bringen kann als zum Lastträger der Gesellschaft. Das ist der Zweck des kapitalistischen Erziehungssystems! . . . Und die allgemeine Wehrpflicht! Sie drückt ihn tausendmal mehr als den Reichen. Er hat nur den Schaden, nur die Last zu tragen; den Vorteil und Nutzen haben die herrschenden Klassen. Um ihre Herrschaft zu stützen, muß er den Schießprügel ertragen, und wenn seine Brüder sich rühren, werden sie als der „innere Feind“ denunziert, gegen den er marschieren muß. So ist es mit jeder staatsbürgerlichen Pflicht. Vor allem auch mit der Besteuerung. Nicht die Vermögen, sondern der Bedarf wird besteuert, und da wieder am meisten derjenige Teil der Lebensbedürfnisse, der zur Erhaltung der Existenz am dringendsten notwendig ist. Kurz, wohin man blickt, überall sehen wir, daß die wahre Gleichheit fehlt; daß die ganze Beschöpfung nur auf Täuschung der Arbeiter berechnet ist; daß die Kapitalisten im Staate nur darauf ausgehen, den Proletarier auszubeuten und zu schädigen.

Ein tiefer und breiter Abgrund trennt die Angehörigen derselben Nation! Der deutsche Kapitalist behandelt den deutschen Arbeiter ebenso schlecht wie den slavischen Sachsenländer; ebenso wird der Wanderarbeiter von seinem gleichnationalen Unternehmer ausgebeutet. Es gibt keinen Unterschied zwischen deutschen und andersnationalen Ausbeutern, keinen zwischen deutschen und andersnationalen Arbeitern. Alle sind Opfer des nämlichen Ausbeutertums, alle leiden sie unter derselben Ungerechtigkeit; auf allen lastet der gleiche Druck, und alle haben daher die gleichen Interessen. Nur ein Dummkopf oder ein Schurke kann dies leugnen. Ein Interessengegensatz besteht nur zwischen Kapitalisten und Proletariern, zwischen reich und arm, zwischen Besitz und Besitzlosigkeit. Das ist der größte, stärkste Gegensatz, der alle anderen an Wichtigkeit und Tragweite weit übertrifft. Wer sich darüber nicht klar ist, der ist auf ewig dazu verurteilt, das Opfer seiner Selbsttäuschung zu sein, wird immer das Opfer der Täuschung durch die Agenten der bestehenden Klassen bleiben.

Diese tun natürlich alles Mögliche, um den Interessengegensatz zwischen arm und reich zu verkleinern. Solange ihnen dieser niederdrückende Schwindel gelingt, werden sie ihre Herrschaft aufrecht erhalten. Wehe aber, wenn die Proletarier in ihrer Gesamtheit dereinst erkennen werden, daß sie zusammengehören! . . . Dann wird Mitleid am letzten sein — für die Ausbeuter; dann wird es diesen nichts nützen, sich in verschiedene Uniformen gekleidet zu haben. Dann wird das arme Volk innerhalb jeder Nation, dann werden die Unterdrückten aller Jungen ihre Anklage erheben und Rechenschaft fordern von ihrer Reimigern! Und dann wird es dazu kommen, daß der Interessengegensatz allmählich verschwindet; daß für alle Menschen die gleichen Voraussetzungen der Existenz und der Entwicklung geschaffen werden. Je eifriger wir auf die Bekämpfung der noch so verworrenen Vorstellungen in den Köpfen der Indifferenten hinarbeiten, desto rascher wird das Ziel erreicht werden; desto eher werden die Massen einsehen, daß es nur ein Hüben und ein Drüben, nur zwei große Heereslager gibt: Das Lager der Besitzenden und das Lager der Besitzlosen, der Ausbeuter und der Ausgebeuteten.

Die Christlichen rüsten.

Es ist mehr als eine agitatorische Nebenwendung, wenn in jedem Reichstagswahlkampf erklärt wird, daß die bevorstehende Wahl alle vorhergehenden an Wichtigkeit übertrifft. Man weiß aus der Wahlstatistik, daß die Partei-

gung an den Reichstagswahlen von Wahl zu Wahl zugenommen hat; man weiß auch, daß die Wahlkämpfe immer fröhlicher beginnen und immer erregter verlaufen — beides ein Beweis, daß sich das Interesse der Bevölkerung in immer erhöhtem Maße den Wahlen zuwendet. Und endlich sieht auch fest, daß sich die Klassen- und damit die Parteigegegensätze immer mehr zuspitzen, was wiederum seinen Ausdruck findet bei den Wahlen, wo diese Gegensätze um die Herrschaft ringen. Das alles berechtigt zu der Auffassung, daß die Reichstagswahlen stetig an Bedeutung zunehmen und gibt dem Worte, daß die jeweils bevorstehende Reichstagswahl die bisherigen an Wichtigkeit übertrifft, einen wohlbegründeten Sinn. Dabei können selbstverständlich besonders bedeutsame politische Ereignisse einer Wahl auch noch eine besondere Wichtigkeit zuerteilen, wie es der Fall ist mit derjenigen, die im Jahre 1911 gekündigt werden soll. Abgesehen von zahlreichen Einzelfragen, die hier angezogen werden können, kommt vor allen Dingen in Betracht der Umstand, daß sich nie seit Bestehen des Reiches das Walten einer reaktionären Mehrheit dem Volke so sinnfällig aufgebrängt hat, als gegenwärtig. Der schwarzblaue Block ist die Sammlung alles dessen, was es im Reiche an reaktionärer Bestimmung gibt, sei es auf wirtschaftlichem, sei es auf politischem oder auf geistlichem Gebiet. Und so weit auch außerhalb des schwarzblauen Blockes die Interessen auseinandergehen, man ist sich einig darin, daß die Fortdauer dieser konservativ-ultramontanen Mehrheit, die ihr Dasein einer ungerechten Wahlkreisverteilung und der landräthlichen und geistlichen Wahlhilfe verdankt, nicht länger geduldet werden kann. Es handelt sich in der Tat um die Entscheidung der Frage: Soll Deutschland weiter von Junkertum und Klerikalismus regiert, soll es unter die Bedürfnisse agrarisch-zünftlerischer Rückständigkeit gezwängt, oder soll es ein modernes Gemeinwesen werden, unter Ausnützung seiner wirtschaftlichen, technischen und geistigen Fähigkeiten, die es auf die Entwicklung zum Industriestaat hinweisen? Und weil es bei der nächsten Wahl diese für Deutschlands Zukunft entscheidende Frage zu lösen gilt, deshalb ist man aus doppeltem Grunde zu sagen berechtigt: die Reichstagswahl 1911 übertrifft an Bedeutung alle früheren Wahlen.

Das wissen auch die Zusassen des schwarzblauen Blockhauses. Sie sind sich bewußt, daß es sich für ihre Mehrheit um Sein oder Nichtsein handelt, und enger als je schmiegen sich die reaktionären Brüder aneinander an. Das Zentrum hat auch den letzten Schein seiner demokratischen Bestimmung abgelegt und tritt offen auf als das, was es trotz aller Verhüllung immer war: die Partei aller Volkseindlichkeit und aller Mißwirtschaft, die es jeht, wo sie, den gleichen Bruder an der Seite, der Welt auftrumpfen zu können glaubt, mit jedem januskauerlichen Gewaltmenschen und speichelledenden Hößling aufnimmt. Und da auch die christlichen Gewerkschaften wissen, daß sie mit dieser Partei stehen und fallen, so treten auch sie beizeiten auf den Plan, um der schwarzblauen Reaktion ihre Dienste anzubieten. Der „Holzarbeiter“, Organ des Zentralverbandes christlicher Holzarbeiter Deutschlands, bringt in seiner Nummer 48 einen Artikel: „A n s e e r e i l n a h m e a m p o l i t i s c h e n L e b e n.“ Er beginnt mit dem Satze, daß erwiesenermaßen Sozialdemokratie und freie Gewerkschaften eins seien, was dann des weiteren wie folgt ausgeführt wird: „Aus der innigen Verbindung zwischen der politischen und der gewerkschaftlichen Richtung in der Sozialdemokratie ergibt sich auch ein Hand-in-Hand-arbeiten bei allen möglichen Anlässen. Nicht nur bei der Waiseier kann man das erleben. Auch in Zeiten politischer Windstille unterscheiden sich die gewerkschaftlichen Reden der „freien“ Gewerkschaftsbeamten meist herzlich wenig von denen der Parteifunktionäre, von Sachkenntnis oft wenig getrübt. Parteipolitische Neutralität von den „freien“ Gewerkschaftsbeamten erwarten, wäre auch zu viel verlangt. Eher könnte man einen Neger weiß machen. Obwohl diese Neutralität in den Säkungen der „freien“ Gewerkschaften versprochen wird, stört man sich dort an dieses Versprechen nicht im geringsten. Offen wird die Agitation für die sozialdemokratische Parteipresse und Literatur betrieben, nicht minder dieselbe für den „Sozialdemokratischen Verein“. Auch gewerkschaftliche Gelder sind nicht zu schade, um dem Parteimoos geopfert zu werden. Wer erinnert sich nicht der Tausende von Geldern, die aus den Kassen der „freien“ Gewerkschaften in die sozialdemokratische Parteikasse geflossen sind zur Unterstützung bei der Reichstagswahl? Es unterliegt daher auch gar keinem Zweifel, daß die sozialdemokratische Partei bei den nächsten Reichstagswahlen die volle Unterstützung der „freien“ Gewerkschaftsbewegung finden wird.“

Man weiß allgemein, daß diese Forderungen über die engen Beziehungen von Partei und Gewerkschaften auf sozialistischer Seite seinen Ursprung hat in dem Verger, daß die christlichen Gewerkschaften nicht in der gleich glücklichen Lage sind, sich auf eine starke politische Partei zu stützen, die ebenso wie die Gewerkschaftsbewegung die Wahrung und Förderung der Arbeiterinteressen zur Aufgabe hat. Wie hellfroh würden die armen Schlieder auf christlicher Seite sein, wenn sie ebenfalls verstanden könnten: Gewerkschaft und Partei sind eins! — ohne fürchten zu müssen, daß man ihnen über den Schnabel fährt mit dem Hinweis auf den Irrtum, daß eine Arbeiterorganisation sich eine Partei als Vertreterin der Arbeiterinteressen erwählt, die wie das Zentrum der Subjekt aller Rücksichtslosigkeit, Volks- und Arbeiterfeindschaft ist. Die Christlichen dürfen sich zu diesem Einssein von Zentrum und christlichen Gewerkschaften nicht bekennen, sie müssen nach außen hin „Neutralität“ heucheln und ihre Handlangerdienste für das Zentrum im geheimen verrichten. Wir haben an dieser Stelle schon oft nachgewiesen, daß die „Neutralität“ der Christlichen bei wichtigen wirtschaftlichen, steuerlichen und politischen Angelegenheiten aus Parteinarbeit für das Zentrum gelbt wird, das ein Interesse daran hat, in seinen volksfeindlichen Maßnahmen nicht gestört zu werden. Im übrigen weiß man, wie die Christlichen ihre „Neutralität“ auflassen. Wenn unsere Organisationen an der Seite der Sozialdemokratie die bürgerlichen arbeitserfeindlichen Parteien bekämpfen, so ist das nach christlicher Anschauung ein Verstoß gegen das Gebot der gewerkschaftlichen Neutralität in politischen Dingen. Wenn aber die Christlichen an der Seite und im Interesse der bürgerlichen arbeitserfeindlichen Parteien die Sozialdemokratie bekämpfen, so ist das edelste und reinste „Neutralität“! Und so kommt denn der „Deutsche Holzarbeiter“ im Namen dieser „Neutralität“ zu dem Schlusse, daß die christlichen Gewerkschaftsleute mit allen Kräften darauf bedacht sein müssen, der Sozialdemokratie bei den nächsten Wahlen das Genick zu brechen.

„Ein Sieg der Sozialdemokratie“ — so schreibt das christliche Verbändchenblatt — wird den freien Gewerkschaften höchst willkommen sein. Er würde den Mut in jenen Reihen aufs neue heben. Die Agitation hätte neuen Stoff und — nicht zuletzt würde der Terrorismus noch weiter entfacht. Da sozialdemokratische Partei und Gewerkschaften die Todfeinde der christlichen Arbeiterbewegung sind, so leuchtet ohne weiteres ein, daß unsere Gewerkschaftsbewegung einen politischen Sieg der roten Bewegung nicht wünschen kann. Wir haben daher auch stets betont, daß es eine Pflicht der christlichen Arbeiter sei, sich politisch zu betätigen, mag das nun in den Reihen der nationalliberalen, konservativen, christlich-sozialen, der Zentrumspartei sein oder sonstwo. Unser Programm verbietet es uns, als Gewerkschaftler für oder gegen eine bestimmte Partei Propaganda zu machen, verpflichtet uns aber, gegen die antichristliche und vaterlandsfeindliche Sozialdemokratie Stellung zu nehmen. . . . Wegen eine geschlossene bürgerliche Phalanx würde auch 1911 der sozialistische Sturm abgelenkt werden. Es ist aber das Kismet unserer Verhältnisse, daß aus einer Un-

einigkeit unter den bürgerlichen Parteien nur die sozialistischen Wienen Honig saugen. Wir, als christliche Gewerkschaftler, haben gar keine Ursache, diese Uneinigkeit ohne Not zu vergrößern. Wo es ohne Vernachlässigung der Arbeit für die Gewerkschaftsfrage geschehen kann, darf man daher wohl erwarten, daß unsere Kollegen im politischen Ringen ihren Mann stehen zur Stärkung der sozialistenfeindlichen Parteien und im Interesse der christlichen Arbeiterbewegung.“

Und nun voran, ihr Junter aus dem Osten, ihr Scharfmacher im Westen, hinterdrein alles, was ein sozialistenfeindliches Herz im Westen trägt, wir, die christlichen Gewerkschaften, schließen uns Euch an. Wir werden Eure Mitkämpfer sein und zu jedem Handlangerdienst bereit sein, wenn es nur gegen die Sozialdemokratie geht und, nachdem diese niedergeschlagen ist, ihr uns gute Behandlung und gute Beschäftigung zukommen laßt, wie es Handlanger und Lakaien großer Herren zukommt, wobei wir zustichern, daß gelegentliche Fußstapfen nicht wider die gute Behandlung verstoßen!

Wir wünschen den Christlichen viel Glück auf den Weg! Wir haben es nicht anders erwartet und werden uns hüten, den Prozeß ihrer Selbstauflösung dadurch zu verlangsamen, daß wir sie vom Selbstmord abhalten. Wir sehen dem Kreuzzug unter Führung von Oldenburg und Giesberts mit Ruhe entgegen!

Die deutsche Berufs- und Gewerbe-zählung 1907 und die Holzindustrie.

XI.

u. Nachdem wir die Verteilung des Arbeiterpersonals in den Holzberufen auf die verschiedenen Betriebsgrößen kennen gelernt haben, wollen wir in nachstehender Uebersicht die Zusammensetzung dieser Arbeiter aus Männern und Frauen, Erwachsenen, Jugendlichen und Lehrlingen darstellen. Zunächst geben wir die Gesamtzahlen, ohne Unterschied der Betriebsgrößen, wieder, um dann etwas näher auf die Verteilung einzelner Kategorien nach Betriebsgrößen einzugehen.

Betrachten wir vorerst das Zahlenverhältnis zwischen männlichen und weiblichen Arbeitern (die Familienangehörigen der Betriebsleiter sind nicht eingerechnet), so entfallen in der Industrie der Holz- und Schnitzstoffe auf je 100 Arbeiter insgesamt 92,7 männliche und 7,3 weibliche. Im Jahre 1895 stand das Verhältnis wie 93,9 zu 6,1. Der Anteil der Frauen hat sich also erhöht, wenn auch nur in unerheblichem Maße. Von Interesse dürfte auch ein Vergleich mit den Ziffern der Berufszählung sein. Diese ergab in der Industrie der Holz- und Schnitzstoffe einen Anteil der weiblichen Arbeiter von 6,0 (1895: 4,7) Proz. Die Anteile der Betriebszählung sind vermutlich deshalb höher, weil hier die Arbeiterinnen nach der Berufsangabe des Betriebes gezählt werden. Da werden auch Arbeiterinnen mitgezählt, die mit der Berufstechnik wenig zu tun haben, und solche, die sich nach eigener Angabe anderen Berufen zugehörig betrachteten (Schirmnäherinnen).

Gewerbebetriebe	Zahl der in diesen Betrieben 1907 beschäftigten				
	Arbeiter männl.	Aberh. weibl.	über 14 J.	14-18 J.	unter 14 J.
Inb. d. Holz- u. Schnitzst.	488435	38043	480109	44205	2164
Holzgeräthfabrikation, Konstr.	101695	2579	100594	8514	168
Glatte Holzwaren	297475	9274	270540	20287	922
Spez. Möbeltischlerei	118957	2958	109610	10025	280
Wauttscherei	50588	105	45802	4870	111
Korbmacherei	12072	2070	13300	1420	223
Dreh- und Schnitzwaren	82017	9102	87190	4464	850
Spez. Drechserei	26758	6408	29458	3458	810
Kammacherei	1981	609	2260	845	16
Wurstmacherei	12598	8152	15587	1917	248
Stoch- u. Schirmfabrikat.	4791	8760	7578	909	70
Möhlenbau	8802	14	8827	279	10
Stellmach., Wagenbau	144109	1804	186822	8824	267
Musikinstrumente	82944	8706	83049	2683	158
Chirurgische Instrum.	5855	1877	6341	848	48
Glaferei	12906	145	11457	1806	48

In einzelnen Branchen stellen indes die Arbeiterinnen ein wesentlich höheres Kontingent, so in der Korbmacherei 13,8 Proz. (1895: 14,1 Proz.), in der Gruppe Dreh- und Schnitzwaren 21,6 Proz. (1895: 13,8 Proz.), in der Kammacherei 26,6 Proz. (1895: 13,5 Proz.), in der Wurstmacherei 32,8 Proz. (1895: 26,7 Proz.), in der Stoch- und Schirmfabrikation sogar 43,9 Proz. (1895: 34,7 Proz.), in der Musikinstrumentenfabrikation 10,3 Proz. (1895: 6,3 Proz.) und in der Fabrikation chirurgischer Instrumente 10,1 Proz. (1895: 12,4 Proz.). Mit Ausnahme der Korbmacherei ist also die Frauenarbeit in allen diesen Betriebsbranchen seit 1895 erheblich gestiegen, in der Gruppe Dreh- und Schnitzwaren hat sich ihr Prozentverhältnis fast verdoppelt und in der Stoch- und Schirmindustrie hält sie der Männerarbeit fast das Gleichgewicht. In letzterer dürfte es sich aber wohl zu einem großen Teil um Schirmnäherinnen handeln.

Von den Altersgruppen der Arbeiter interessiert uns in erster Linie die jüngste, die das Alter bis zu 14 Jahren umfasst. Seit der 1895er Zählung ist das deutsche Kinderschutzgesetz vom Jahre 1903 in Kraft getreten, das eine erhebliche Verminderung der Kinderarbeit bewirkt haben dürfte. Leider läßt sich dieser Rückgang statistisch nicht genau erfassen, da die 1895er Betriebszählung das Alter bis zu 14 Jahren nicht gesondert feststellte. Nur das Verhältnis der Erwachsenen und der Jugendlichen bis zu 16 Jahren kann verglichen werden. 1895 entfielen auf je 100 Arbeiter der Industrie der Holz- und Schnitzstoffe 86,9 Erwachsene und 13,1 Jugendliche bis zu 16 Jahren, 1907 dagegen 91,2 Erwachsene und nur 8,8 Jugendliche. Der Anteil der Jugendlichen ist also um 4,2 Proz. zurückgegangen. Man wird kaum schlagend, darin eine Wirkung des verstärkten Kinderschutzes zu erkennen. Das Verhältnis der Zahl der Kinder unter 14 Jahren zur Gesamtzahl der Arbeiter ist ein recht minimales. Auf je 100 Arbeiter kommen nur 0,4 Kinder unter 14 Jahren in den Betrieben der Holz- und Schnitzstoffindustrie. In der Korbmacherei steigt dieser Anteil zwar

Zwei Briefe.

Von einem Kollegen werden uns die nachstehenden Briefe zur Verfügung gestellt, die wir unter Fortlassung des Ortsnamens hier zum Abdruck bringen. Eines Kommentars bedürfen sie nicht.

Lieber Freund!

Du wirst wissen, wie es jetzt bei uns aussieht. Nun, seit Deiner Abreise von hier hat sich wenig geändert. In unserem abgelegenen Städtchen lebt man, wie Du ja selbst erfahren hast, ruhig und ohne Aufregung dahin. Mit der Arbeit geht es so leidlich. Auch in unserer Zahlstelle geht alles seinen gewohnten Gang. Wir haben immer noch so um die 50 Mitglieder herum. Die alten Kollegen halten fest zur Stange und in den Versammlungen gibt es oft ganz hübsche Diskussionen. In unserem langweiligen Ort bietet der Besuch der Mitgliederversammlungen immer eine gewisse Abwechslung. Das geht nicht nur mir so, der ich doch wegen meines Amtes in jeder Versammlung sein muß, sondern anscheinend den meisten Kollegen, denn die Versammlungen sind immer gut besucht. Der Wechsel in der Mitgliederzahl ist unbedeutend. Hin und wieder kommt ein Kollege zugereist und ein anderer reist ab; in der Hauptsache besteht aber unsere Zahlstelle aus ansässigen Kollegen. Leider ist es so gut wie unmöglich, die paar unorganisierten Kollegen für den Verband zu gewinnen. Wir haben uns gewiß schon recht Mühe gegeben, das weißt Du. Du hast ja, so lange Du hier warst, auch fleißig mitgeholfen; aber es ist allemal ein Ereignis, wenn es gelingt, einen von diesen schwierigen Menschen zu bewegen, seinen Beitritt zu erklären.

Jetzt haben wir es mit einem neuen Mittel versucht. Seit ein paar Wochen erheben wir 10 Pf. Extrabeitrag. Von dem Geld wollen wir Zuschüsse zur Arbeitslosen- und Krankenunterstützung zahlen. In einer Versammlung haben wir die Sache gründlich durchgesprochen und beschlossen, als lokalen Zuschlag bei der Arbeitslosenunterstützung und bei der Krankenunterstützung je die Hälfte der Verbandsätze zu zahlen. Das sieht ja etwas reichlich aus, es wird aber nicht so schlimm werden. Arbeitslose und Kranke gibt es ja nicht viel bei uns, so daß uns die Geschichte nicht viel kosten kann. Wir hoffen sogar, daß es uns möglich sein wird, einen kleinen Mejeriefonds anzufammeln, trotzdem den durchreisenden Kollegen das Lokalgeschick natürlich nach wie vor weiter gewährt wird. So ein Mejeriefonds ist immer etwas wert. Man weiß nie, ob es nicht doch einmal zum Streik kommt. Und wenn man dann einen Zuschuß zur Streikunterstützung zahlen kann, dann ist das ein großer Vorteil. Der Hauptzweck, den wir mit der Schaffung des Lokalfonds bezwecken, ist aber, auf die Unorgan-

isierten einzuwirken. Allerdings scheinen wir uns da nach den bisherigen Erfahrungen getäuscht zu haben. Der Hinweis auf die hohe Arbeitslosen- und Krankenunterstützung hat bei den Brüdern noch nicht recht verfangen. Aber was nicht ist, kann noch werden. Und nun genug für heute. Sei herzlich gegrüßt von Deinem Freund Fritz.

Lieber Wilhelm!

Also aus der „Holzarbeiter-Zeitung“ hast Du erfahren, daß wir im Streik stehen und es hat Dich freute, daß wir endlich den Mut gefaßt haben, an die Kravater mit unseren Forderungen heranzutreten.

Ja, wir stehen im Streik und ich will Dir erzählen, wie alles gekommen ist. In unseren Versammlungen ist es schon oft zur Sprache gekommen, daß es doch an der Zeit sei, höhere Löhne zu verlangen. Von der allgemeinen Teuerung sind wir nämlich auch hier nicht verschont worden. Nur die Löhne sind seit Jahren gleich geblieben. Von den Zugereisten ist schon immer geklagt worden, daß wir hier die längste Arbeitszeit von allen Städten in der weiteren Umgebung haben. Darüber wurde natürlich in der Versammlung auch gesprochen. Wir haben uns in der Lokalverwaltung die Sache gehörig durch den Kopf gehen lassen; der Bauvorsteher ist auch hier gewesen, und dann haben wir unsere Forderungen formuliert, und zwar so bescheiden, daß wir ganz gewiß meinten, sie ohne weiteres bewilligt zu bekommen. Du kannst Dir aber unsere Enttäuschung denken, als wir vom Obermeister die Antwort bekommen, die Zustimmung hätte beschlossen, alles abzulehnen, weil bei den jetzigen schlechten Erwerbsverhältnissen nichts bewilligt werden kann.

Wir haben dann eine Versammlung einberufen, da hat nicht einer gefehlt, auch die 15 Unorganisierten waren zur Stelle. Der Bauvorsteher hat uns den Stand der Dinge auseinandergesetzt. Er hat uns ermahnt, sorgfältig zu prüfen, ehe wir einen Beschluß fassen. Beim Streik muß jeder einzelne Spier bringen, und wenn wir uns davor scheuen, dann wäre es besser, jetzt schon auf die Weilerführung der Bewegung zu verzichten. Davon wollte aber keiner etwas wissen. Verschiedene Kollegen haben noch gesprochen, alle waren aber für die Arbeitseinstellung. Groß war die Begeisterung, als der alte Wahltag aufstand und sagte, daß er mitmachen werde. Dem Verband sei er zwar bisher nicht beigetreten, aber wo die Kollegen so einmütig seien, da wolle er sich nicht ausschließen. Jetzt merke er, daß er eine Dummheit begangen habe, dem Verband nicht früher beigetreten zu sein, aber jetzt wolle er das Versäumte nachholen. Und nun kamen die Unorganisierten einer nach dem anderen und gaben ähnliche Erklärungen ab. Die Begeisterung, die das Schauspiel hervorrief, kannst Du Dir vorstellen.

Die Arbeit wurde also eingestellt und alles ging wie am Schnürchen. Am Freitag kam ein Geldbrief mit 800 Mark aus Berlin, reichlich 400 Mk. hatten wir in der Lokalkasse. An Geld fehlte es uns also nicht. Wir wir am Sonnabend die Streikunterstützung angezählt hatten, war freilich das Geld aus der Hauptkasse alle geworden. Deshalb brauchten wir aber nicht zu verzagen; wir mußten ja nächste Woche gab es eine neue Sendung. Dumm war es nur mit den 15 Unorganisierten. Du weißt doch, daß wir vor etwa 3 Jahren den Lokaltag eingeführt haben, hauptsächlich um mit den Lokalunterstützungen die Unorganisierten zu angeln. Viel geholfen hat das allerdings nicht. Dafür haben wir, besonders vor zwei Jahren, so viel Arbeitslosen- und Krankenunterstützung auszahlen müssen, daß es manchmal Not hatte, das Geld zusammenzutragen. Deshalb ist ja auch unser Lokalfonds jetzt nicht besonders hoch. Trotzdem mußten wir doch etwas für die Unorganisierten tun, denn es sind auch durchweg arme Kerle, die nichts hinter sich haben. Wir haben uns die Sache hin und her überlegt und uns schließlich gesagt, weil der Streik doch nicht lange dauern kann, wollen wir auf den Zuschuß verzichten und den Unorganisierten pro Woche 10 Mk. aus der Lokalkasse zahlen. Wir war es bei der Geschichte gleich nicht recht geheuer, ich wollte aber nicht widersprechen. Aber nun sitzen wir recht in der Ecke. Jetzt sind wir die dritte Woche im Streik und unsere schöne Lokalkasse ist leer. Wir haben an den Hauptvorstand geschrieben und bestimmt gehofft, wenigstens ein Darlehen zu bekommen. Gestern kommt nun ein Brief, worin uns das rundweg abgeschlagen wird. Der Vorstand schreibt, daß er unsere schwierige Lage begreife, aber durch Verhandlungsbefähigung sei es ihm ausbrüchlich untersagt, solche Darlehen zu gewähren. Das hat lange Gesichter in der Lokalverwaltung gegeben, als der Brief verlesen wurde. Dabei steht der Streik außerst günstig; wir wissen genau, daß es die Meister keine Woche mehr aushalten. Heute war der Bauvorsteher hier und hat uns die bittersten Vorwürfe gemacht, daß wir so leichtsinnig mit unserem Lokalgeld umgegangen sind. Wir hätten ihn doch wenigstens vor der Beschlußfassung um Rat fragen sollen. Jetzt müßte er auch nicht, wie uns zu helfen sei. Schließlich meinte er, er wolle es versuchen, eine Quelle anzubohren, große Hoffnungen habe er aber nicht. Nun sitzen wir und erwarten das Resultat seiner Bemühungen. Hoffentlich bringt er uns das nötige Geld. Was aber, wenn er mit leeren Händen kommt? — Das eine kann ich Dir sagen wir haben jetzt etwas gelernt. Sobald der Streik zu Ende ist, ändern wir unser ganzes Unterstützungszuglement. So wie bisher dürfen wir mit der Lokalkasse doch nicht mehr wirtschaften.

Viele Grüße Dein Freund Fritz.

Warnung vor Zuzug!

Alle Mitteilungen über Differenzen, welche zur Sperrung eines Ortes oder einzelner Betriebe für Verbandsmitglieder Anlass geben, sind an den Verbandsvorstand zu adressieren. Sie müssen hinreichend begründet und von der Zahlstellenverwaltung durch Unterschrift und Stempel beglaubigt sein.)

Zuzug ist fernzuhalten von:

- Tischlern, Maschinen und Hilfsarbeitern nach Puer i. Westf. (Dörpinaus), Delmenhorst (Wagenfabrik Tönjes), Emden, Eisenberg (Eisbläschler), Freiberg i. S. (Möbelfabrik Gustav Heinrich), Garmeln (Norddeutsche Automobillfabrik), Herford (Landwirtschaftliche Maschinenfabrik Hebaum u. Gutenbergs), Kaiserlautern (Edel), Kleinenbroich, Müllin in Lauenb. (Mabühl, Freese), Müllhausen i. G., Neu-Fsenburg (Wittich), Paderborn, Radeberg, Mastalt, Segeberg, Stolp in Pommern, Stuttgart (Kontormöbelfabrik Eberhard Feher).
- Klavierarbeitern nach Braunschweig (Reiter u. Winkelmann), Heilbronn, Vlegny, Zetz (Zetz, Pianofabrikant).
- Möbelfabrikanten nach Zürich (Wiederkehr u. Schneller).
- Stuhlbauern nach Br. Holland.
- Korbmachern nach Rheinfelden in der Schweiz.
- Drehschleifern nach Stolp i. Pom., Neupala i. Böhmen.
- Knopfmachern nach Frankenhausen.
- Pantinenmachern nach Kellinghusen.
- Parkettlegern nach Breslau (Stampmeyer).
- Stellmachern und Wagenbauern nach Delmenhorst, Mastalt, Schüttmar.

auf 1,5, in der Gruppe Dreh- und Schnitwaren auf 0,8, in der Wurstmacherei auf 1,3, indes darf dabei nicht außer acht gelassen werden, daß die Zahlung am 12. Juni stattfand, und daß in zahlreichen Bundesstaaten die Kinder bereits vor dem vollendeten 14. Jahre aus der Schule entlassen werden können. Zweifellos ist die Erwerbsarbeit der Kinder unter 14 Jahren viel umfangreicher, nur bleibt sie von der Betriebszählung unberührt, weil diese Kinder nicht in den Betrieben, sondern daheim bei ihren Eltern arbeiten.

Das Verhältnis der Erwachsenen zur Gesamtzahl der Jugendlichen unter 18 Jahren stellt sich in der Möbelfabrikerei auf 0,4 zu 8,0; in der Wurstmacherei auf 88,2 zu 11,8; in der Korbmacherei auf 80,0 zu 11,0; in der Gruppe Dreh- und Schnitwaren auf 88,0 zu 11,4; in der Wurstmacherei auf 88,5 zu 11,5; im Wagenbau auf 93,8 zu 6,2 und in der Glaserei auf 87,4 zu 12,6. Die Unterschiede zwischen den einzelnen Branchen sind nicht allzu groß. Interessant ist es dagegen, daß die Glaserei das größte Kontingent der Jugendlichen stellt und die typischen Kinderarbeitsberufe, wie die Korbmacherei und die Wurstmacherei, hinter sich zurückläßt. Die Ursache dieser Erscheinung ist in der Lehrlingszuchterei zu suchen, die sich besonders im Glasergewerbe üppig entfaltet. Während in der Industrie der Holz- und Schnitstoffe auf je 100 Arbeiter 12,0 Lehrlinge entfallen, kommen in der Glaserei 24,1 Proz. Lehrlinge in Betracht! Auf je 3 erwachsene Arbeiter (Gesellen, Gehilfen) kommt dort bereits 1 Lehrling. Das bedeutet bei durchschnittlich dreijähriger Lehrzeit eine Verdoppelung der Arbeiterzahl in 10 Jahren. Auch im Zeitalter der Warenhäuser und Glaspaläste dürfte ein solches Maß von Lehrlingsausbildung weit über die Grenzen des Berufswohls hinausgehen.

Berufsgruppen	Zahl der Lehrlinge in Betrieben mit:						
	bis 3 Personen	4-5 Personen	6-10 Personen	11-20 Personen	21-50 Personen	51-100 Personen	über 100 Personen
Industrie d. Holz- u. Schnitstoffe (abf. davon):	23845	13591	11156	9068	3006	522	—
	27,7	26,8	16,8	5,4	2,6	1,4	0,0
Möbelfabrikerei (abf. Proz.):	8204	4117	3881	3318	1110	207	—
	88,8	84,0	28,8	8,9	3,1	2,1	—
Wurstmacherei (abf. Proz.):	2025	3128	2702	1210	140	—	—
	83,0	83,8	24,5	6,5	3,0	—	—
Korbmacherei (abf. Proz.):	889	202	240	580	08	24	—
	18,3	18,2	14,0	15,9	3,4	1,6	—
Drehschleiferei (abf. Proz.):	1110	681	610	577	27	30	—
	26,9	25,2	16,9	6,2	0,4	0,6	—
Wurstmacherei (abf. Proz.):	186	98	145	464	237	67	—
	14,3	12,2	9,7	8,1	3,0	1,0	—
Stellmacherei (abf. Proz.):	7717	2006	857	840	387	368	882
	27,0	37,4	21,4	9,3	3,1	2,4	6,4
Glaserei (abf. Proz.):	1588	760	520	228	30	—	—
	80,4	27,6	10,5	10,4	12,9	—	—

Betrachten wir die Lehrlingszahlen etwas eingehender, so muß für die Industrie der Holz- und Schnitstoffe seit der vorhergehenden Zählung eine relative Abnahme der Lehrlinge konstatiert werden. 1805 waren von 100 Arbeitern noch 17,8 Lehrlinge, 1907 betrug deren Anteil nur noch 12,0 Proz. In der Möbelfabrikerei wurden 1907 18,3 Proz., in der Wurstmacherei 18,2 Proz. (1805 in Tischlerei und Parkettfabrikation 25,5 Proz.), in der Korbmacherei 13,7 Proz. (1805: 16,0 Proz.), in der Drehschleiferei 9,0 Proz. (1805: 21,6 Proz.), in der Wurstmacherei 6,4 Proz. (1805: 8,6 Proz.), im Wagenbau 11,0 Proz. (1805: 22,4 Proz.), in der Glaserei 24,1 Proz. (1805: 20,8 Proz.).

In allen Branchen ist also ein Rückgang der Lehrlingsziffer eingetreten. Immerhin ist dieselbe in einzelnen Berufen noch eine sehr hohe. Nicht der bereits erwähnten Glaserei, die wie 1805 auch noch 1907 an der Spitze der Lehrlingszählerei marschiert, kommt die Wurstmacherei, Korbmacherei, Möbelfabrikerei und Stellmacherei. In allen diesen Berufen beträgt die Lehrlingszahl noch heute mehr als 10 Proz. Ganz anders gestaltet sich das Prozentverhältnis, wenn wir die Verteilung der Lehrlinge nach Betriebsgrößen betrachten. Wir geben in der vorstehenden Tabelle die absoluten und prozentualen Zahlen der Lehrlinge in der Industrie der Holz- und Schnitstoffe sowie in der Tischlerei, Korbmacherei, Drehschleiferei, Wurstmacherei, Stellmacherei und Wagenbau sowie in der Glaserei nach Betriebsgrößen zusammen.

Aus dieser Zusammenstellung bewahrheitet sich die alte Erfahrung, daß die Kleinbetriebe die schlimmsten Herde der Lehrlingszuchterei sind. Während der Durchschnitt der Industrie der Holz- und Schnitstoffe 12,0 Proz. beträgt, steigt der Anteil der Lehrlinge in den Betrieben von 4-5 Personen auf 26,8 Proz. und in den Betrieben bis 3 Personen gar auf 27,7 Proz., um in den Großbetrieben von mehr als 200 Personen auf 1,4 Proz. und in solchen mit über 1000 Personen auf 0,0 Proz. herabzusinken. In ähnlichem Verhältnis bewegt sich der Lehrlingsanteil in jeder der einzelnen Branchen. In der Möbel- und Wurstmacherei und Stellmacherei ist das größte Lehrlingskontingent sogar in der Größenklasse von 4-5 Personen zu finden, wo also der Meister mit 1 Gesellen und 2-3 Lehrlingen wirtschaftet. Den höchsten Stand erreicht in dieser Beziehung die Stellmacherei mit 37,4 Proz. Lehrlingen. Bei durchschnittlich dreijähriger Lehrzeit werden hier jährlich 12 1/2 Proz. Lehrlinge frei und in acht Jahren wäre die Zahl der Gehilfen bereits verdoppelt! Für unsere Kollegen sind diese Ziffern ein erster Fingerzeig, der sie auf die weitere Entwicklung der beruflichen Verhältnisse hinweist. Wenn gleich im letzten Jahrzehnt auf diesem Gebiete manches besser geworden ist, so kann doch noch vieles erreicht werden, wenn alle gesetzlichen Möglichkeiten, die eine Verminderung der Lehrlingszuchterei bezwecken, völlig ausgenützt werden.

Soziales.

Aus dem Reichstage.

Zwei Jahre sind verfloßen seit den berühmten Novembertagen des Jahres 1908, in welchen so ziemlich der ganze Reichstag zusammensand in der Forderung, daß sich der Träger der Krone in die Rolle fuge, die ihm von der Verfassung zugewiesen ist. Eine tiefgehende Erregung über die vielfach recht eigentümlichen Kundgebungen des persönlichen Regiments hatte das ganze Volk ergriffen und unter dem Eindruck dieser Stimmung hatte der Kaiser dem Reichstanzler Bülow Zusicherungen gemacht, die als ein Versprechen bedeuteten werden konnten, sich künftig bei seinen Verfügungen in den gebührenden Schranken zu halten. Im Zusammenhang mit diesen Novemberdebatten standen die am 2. Dezember 1908 geführten Debatten über Anträge auf Verfassungsänderung, die, wenn sie zum Beschluß erhoben worden wären, den in den Novembertagen recht kenntlich gemachten Willen des deutschen Volkes einen fassbaren Ausdruck verliehen hätten. Diese Anträge sind an die Geschäftsordnungskommission verwiesen und dort — begraben worden. Heute redet kein Mensch mehr darüber. Und ebenso ist es mit den Reden, die am 10. und 11. November 1908 gehalten wurden; die bürgerlichen Redner von damals möchten ihre Worte am liebsten verleugnen. Und das Objekt der damaligen Aufregung, der deutsche Kaiser, frönt seiner Neugier in einer Weise, als ob der Novembersturm des Jahres 1908 gar nicht existiert hätte. Die auffälligste Erscheinung auf diesem Gebiete war die am 25. August in Königsberg gehaltene Rede, in welcher sich der Kaiser als das äußerste Instrument des Himmels bezeichnete. In das gleiche Gebiet fallen auch noch einige andere Reden, die in der letzten Zeit von Wilhelm II. gehalten wurden und die am 26. November aus Anlaß einer von sozialdemokratischer Seite eingebrachten Interpellation Gegenstand der Beratung des Reichstages waren.

Aber welche ein Unterschied gegen die Zeit vor zwei Jahren. Auf die laute Anklagerede des Genossen Ledebour wußte der Reichstanzler v. Bethmann Hollweg nur eine schwache Antwort zu geben. Er findet die absolutistischen Neigungen des Reichsoberhauptes ganz in der Ordnung. Allerdings liegt die Zeit der Erfindung des Deutschen Reiches noch nicht so weit zurück, daß man heute schon die Gesichtsbildige Wagen könnte, als ob der deutsche Kaiser seine Krone aus eigenem Recht trüge. Aber der Reichstanzler macht einen Unterschied zwischen dem deutschen Kaiser und dem König von Preußen. Dieser untersteht keiner Volkshoheit, er ist von Gottes Gnaden und braucht auf Tagesmeinungen keine Rücksicht zu nehmen. Daß, abgesehen von dem Ursprung des königlichen Rechtes, dieses durch die Verfassung eine wesentliche Einschränkung erfahren hat, stört den Reichstanzler weiter nicht. Dem Träger der Krone sind diese Beschränkungen unangenehm und als getreuer Handlanger fühlt sich Bethmann Hollweg berufen, zu verkünden: Was der Herr tut, ist wohlgetan. Und in das gleiche Horn blüeten nach ihm Herr Hertling vom Zentrum und Herr v. Seydewitz namens der Konservativen. Die Schwarzen und die Blauen haben sich ja schon längst gefunden, und hier, wo es sich darum handelte, die Volksrechte gegenüber

stärklichem Absolutismus zu verteidigen, da waren sie einzig im Verrat der Volksrechte, um sich oben lieb Kind zu machen. Der ungekrönte König von Preußen, wie Herr v. Seydewitz wegen des Einflusses, den er auf die Minister seines gekrönten Vaters ausübt, genannt wird, hielt sogar die Gelegenheit für passend, mehr Majestätsbeleidigungsanfragen zu fordern, und mit entsprechender Geste gab er dem obersten der Handlanger den Befehl, nun schleunigst mit Ausnahmengesetzen gegen die Sozialdemokratie vorzugehen. Für die Nationalliberalen sprach Herr Wassermann echt nationalliberal, nicht warm und nicht kalt, so daß Herr v. Pöhl von der Volkspartei der einzige aus dem bürgerlichen Lager war, der noch einige warme Töne zum Schutze der Volksrechte fand. Zum Schluß rechnete noch Genosse David mit den Verteidigern des Gottesgnadentums ab. Dann hatte die Diskussion ein Ende. Sie hat wieder einmal gezeigt, in welchen schlechten Händen sich die Volksrechte bei der Mehrheit des Reichstages befinden.

Die an diese Diskussion anschließende Beratung der Interpellation über die Pensionsverfälschung der Privatangestellten hatte das Ergebnis, daß vom Regierungstisch zugesichert wurde, den bereits ausgearbeiteten Gesetzentwurf vorzulegen. Wann diese Vorlegung erfolgt, das steht allerdings noch dahin. Der Gesetzentwurf über die Schiffahrtsabgaben, der am 28. und 29. November in erster Lesung erledigt wurde, bezweckt, die Abgabefreiheit für die Benützung der natürlichen Wasserstraßen, die durch die Reichsverfassung sowie durch internationale Verträge festgelegt ist, zu beseitigen. Es handelt sich hierbei um ein Geschenk an die Agrarier, denen zuliebe der billige Import von Brotgetreide auf dem Wasserwege unterbunden werden soll. Der Gesetzentwurf ist schon seit längerer Zeit in Vorbereitung; ihm haben sich aber im Bundesrat schon Schwierigkeiten entgegengestellt. Verschiedene Klein- und Mittelstaaten, insbesondere Sachsen und Baden, haben dem Projekt ersten Widerstand entgegengesetzt. Aber dem großen preussischen Bruder ist es gelungen, die Widerstrebenden durch Versprechungen und Drohungen zahn zu bekommen, so daß jetzt die Bundesregierungen einstimmig für diese Schädigung der deutschen Volkswirtschaft sind. Der Entwurf wurde schließlich an eine besondere Kommission verwiesen. Was dabei herauskommen wird, läßt sich noch nicht absehen, da sämtliche bürgerliche Parteien in dieser Frage gesplittet sind. Nur die Sozialdemokratie ist einmütig in der Ablehnung dieses kulturwidrigen Planes.

Der Gesetzentwurf gegen Mißstände im Heilgewerbe, der nach Erledigung der ersten Lesung ebenfalls einer Kommission überwiesen wurde, beschränkt sich nicht darauf, dem Geheimmittelschwindel zu Leibe zu gehen, sondern er geht weit darüber hinaus. Er ist mehr ein Gesetz zum Schutz der Ärzte und will die Behandlung Kranker durch nichtapprobierte Personen, also durch Naturheilkundige usw., so gut wie ganz unmöglich machen. Der Entwurf dürfte wohl, ehe er Gesetz wird, noch eine gründliche Umgestaltung erfahren. Nach dem Kurpfuschergesetz wurden die von dem Zentrum und den Nationalliberalen eingebrachten Interpellationen über die Bekämpfung der Rebschädlinge behandelt. Verursacht diese Interpellationen durch die Notlage, in welcher sich die weinbauende Bevölkerung infolge des massenhaften Auftretens des Heu- oder Säuerwurms befindet. Gegenwärtig werden in der Pfalz umfangreiche Versuche zur Vertilgung dieses Schädlings angestellt. So anerkanntswert diese Versuche auch sind, so können sie doch allein den armen Weinbauern nicht viel nützen, einmal sie durch die Zoll- und Steuerpolitik des schwarzblauen Blocks noch besonders geschädigt sind. Von sozialdemokratischer Seite wurde deshalb insbesondere darauf hingewiesen, daß den notleidenden Weinbauern auch eine materielle Unterstützung gewährt wird. Namentlich sollen ihnen die Mittel zur Bekämpfung der Schädlinge auf Staatskosten geliefert werden.

Um das Handwerk zu retten, haben die Konservativen einen Antrag eingebracht, durch welchen der Reichstanzler ersucht wird, auf gesetzliche Maßregeln Bedacht zu nehmen, um dem fortschreitenden Niedergang des Handwerks und der weiteren Abnahme der Zahl der selbständigen Gewerbetreibenden vorzubeugen. Dieser Antrag ist weiter nichts als Wahlspek; er soll die beschränkten Annungszöpfe darüber hinwegtäuschen, daß es ja gerade die Konservativen sind, die an der vom Reich betriebenen Wirtschaftspolitik die Schuld tragen, dieser Politik der fortwährenden Vertierung aller Lebensbedürfnisse, unter welcher die Kleinhandwerker in der gleichen Weise zu leiden haben wie die Arbeiter. Durch Kliden und Pfaster, wie Ausbau des Annungswesens und ähnliche Mittel, läßt sich der Aufstauungsprozess des Kleinhandwerks durch die Großindustrie nicht aufhalten. Das hängt mit der wirtschaftlichen Entwicklung zusammen, gegen die nicht einmal der Reichstanzler erfolgreich ankämpfen kann, wenn es ihm die Konservativen auch noch so streng anbefehlen. Wichtiger aber als die künstliche Aufrechterhaltung einer scheinbaren Selbständigkeit dürfte auch für die Handwerker die Hebung ihrer Lebenshaltung sein. Und um diese zu erreichen, haben sie das allergrößte Interesse an der Beseitigung des konservativ-meritokratischen Parteiregiments. Am 5. Dezember begann die zweite Lesung des Reichstages. Hierzu lag ein sozialdemokratischer Antrag vor, der an Stelle der Arbeitskammern Arbeiterkammern, Arbeitsräte und als Spitze dieser Organisation ein Reichsarbeitsamt verlangt. Dieser An-

trag wurde, weil er im Interesse der Arbeiterschaft liegt, wie nicht anders zu erwarten war, abgelehnt. Beim § 1 gab es eine grundsätzliche Aussprache, die erkennen ließ, daß eigentlich nur konservative und Freikonserervative gegen das Gesetz an sich sind. Die Annahme dieses Paragraphen erfolgte auch gegen die Stimmen eines Teiles der Rechten; die Sozialdemokraten hatten dafür gestimmt. Wichtige Differenzpunkte betreffen die Unterstellung der Eisenbahnwerftstättenarbeiter unter das Gesetz und die Wählbarkeit von Arbeitersekretären in die Arbeitskammern. Beide Bestimmungen wurden gegen den heftigen Widerstand der Regierung von der Kommission beschlossen und im Plenum wiederholt sich die Kämpfe. Der § 7 des Gesetzes, welches die Einbeziehung der Eisenbahnarbeiter auspricht, wurde schließlich mit 182 gegen 115 Stimmen angenommen. Ueber den § 18, der die Wählbarkeit der Arbeitersekretäre enthält, wurde namentlich abgestimmt; er wurde mit 109 gegen 111 Stimmen angenommen.

Ob es bei diesen Beschlüssen sein Bewenden haben wird, bleibt abzuwarten. Die Regierung hat zu erkennen gegeben, daß die erwähnten Bestimmungen des Gesetzes für sie unannehmbar sind. Es findet ja auch noch eine dritte Lesung statt, die den unsicheren Konventionen Gelegenheit zum Umfall gibt. Das darf man aber zunächst abwarten. Das Arbeitskammergesetz ist übrigens so wichtig, daß wir demnächst noch näher darauf zurückkommen werden.

Zum Schwindel der Zentrums-Sozialpolitik. Zum reinen Possenspiel degradieren die bayerischen Zentrums- und Sozialdemokraten die Einführung der Arbeitslosenversicherung. Im Landtag stehen die Herren durch den bekannten christlichen Arbeiterführer Oswald am 26. Februar 1908 erklären, die Arbeitslosenversicherung sei den Gemeinden zu überlassen. Nicht Tage später lehnte dieselbe Partei den Antrag der Sozialdemokraten ab, 150 000 Mk. in den Etat einzustellen, um Gemeinden, die Arbeitslosen Geldzuschüsse gewähren, aus diesem Fonds staatliche Beihilfe zu bewilligen. Im August d. J. erließ die bayerische Regierung an die Städte eine Aufforderung, der Einführung einer solchen Versicherung nahe zu treten. Und siehe da, im Münchener Rathaus beantragte der Führer des Zentrums, eine solche Versicherung abzulehnen; dies sei Sache des Staates. Der Stadtmagistrat Regensburg beschloß, von der Einrichtung einer gemeindlichen Arbeitslosenversicherung, so dringend sie auch erwünscht sei, abzusehen, so lange nicht vom Reich, Staat oder Kreis eine Beihilfe zu erwarten sei. Nun sitzen aber im Magistrat und Gemeindefolkium dieser Stadt die Abgeordneten und Zentrumsführer Dr. Heim und Feld, die im Landtag beschließen halfen, die Sache auf die Gemeinden abzuschieben, und gleichzeitig die Gewährung von Zuschüssen an diese ablehnten. In Regensburg beschloß das Zentrum das gerade Gegenteil von dem, was es im Landtag beschlossen hatte. Wie zu erwarten, sind zahlreiche Städte diesem Beispiel nachgefolgt, u. a. Nürnberg, Augsburg, Würzburg, Hof, Kulmbach, Passau, Straubing und Landsbut.

Jetzt kann das Gaukelspiel wieder von vorn beginnen, denn die Herren christlichen Arbeitersekretäre und Landtagsabgeordneten stellen solche Anträge „nur aus agitatorischen Gründen“, wie dem Abg. Schwarz jüngst vor dem Münchener Amtsgerichte befristigt werden konnte. Dafür lobte aber kürzlich in Holzkirchen der Führer der Milchverleerer Echner den Abg. Königbauer vom Zentrum, der solch vernünftige Anträge stelle, „weil sonst jeder gern arbeitslos wäre, weil er dafür bezahlt würde“. So lange Zentrum in Bayern Trumpf ist, heißt es für die Arbeitslosen: „Laßt alle Hoffnung auf Hilfe fahren.“

Verbandsnachrichten.

Bekanntmachungen des Vorstandes.

An alle Zahlstellen ist in dieser Woche eine Anzahl von der neuen Broschüre „Der Vertrauensmann. Die Tätigkeit der Werkstattdarstellungsmänner im Deutschen Holzarbeiterverband. Eine Anleitung, herausgegeben vom Verbandsvorstand“ zur Gratisverteilung an die Verwaltungsmittelglieder und Vertrauensmänner verandt worden. Der Sendung ist außerdem ein Exemplar des Protokolls des fünften Internationalen Holzarbeiterkongresses zu Kopenhagen für die Zahlstellenbibliothek beigelegt. Weitere Exemplare können zu den in der heutigen Annonce angegebenen Bedingungen von der Verlagsanstalt bezogen werden.

Die erste Auflage des Almanachs für 1911 ist vergriffen. Da jedoch noch fortgesetzt Bestellungen einkommen, hat die Verlagsanstalt die Herstellung einer zweiten Auflage in Aussicht genommen, falls hierfür noch genügend Bedarf vorhanden ist. Wir eruchen die Zahlstellen, alle noch ausstehenden Bestellungen bis 20. Dezember einzujenden; genügt alsdann die Anzahl, um eine neue Auflage drucken zu lassen, so wird der Versand derselben im Anfang Januar erfolgen können.

Zu Neujahr 1911 werden sämtliche alten Beitragsmarken eingezogen und dafür neue Marken ausgegeben, worauf wir die Zahlstellenkassierer sowohl als auch alle Verbandsmitglieder schon heute aufmerksam machen. Den Mitgliedern empfehlen wir dringend, dafür zu sorgen, daß sie am Jahreschluß mit der Beitragszahlung auf dem Laufenden sind.

Mit dem Erscheinen dieser Zeitungsnnummer ist der 51. Wochenbeitrag für das Jahr 1910 fällig geworden.

Mit Schluß des Jahres 1910 sind die im Jahre 1908 ausgegebenen Mitgliedsbücher aufgebraucht, das heißt, die Kartentributen in denselben vollgestellt. Für diese Mitgliedsbücher werden Ersatzbücher ausgestellt. Die vollgelebten Bücher müssen Ende Dezember von den Zahlstellenverwaltungen an die

Hauptkasse eingesandt werden, worauf wir die betreffenden Mitglieder schon jetzt mit dem Ersuchen aufmerksam machen, die Beiträge bis Jahreschluß rechtzeitig zu entrichten und ihr Mitgliedsbuch alsdann an den Zahlstellenkassierer zur Uebersendung an die Hauptkasse abzuliefern. In den Zahlstellen selbst dürfen solche Ersatzbücher nicht ausgestellt werden. Um Porto zu sparen, empfehlen wir, die vollen Bücher in der Zahlstelle zu sammeln und jeweils in größerer Zahl als Kreuzband oder Paket an die Hauptkasse zu senden. Kreuzbandsendungen dürfen nicht über 1000 Gramm wiegen und müssen den Vermerk „Geschäftspapier“ tragen. Alle Sendungen bitten wir gut zu sichern, um Verluste von Mitgliedsbüchern zu vermeiden. In die Zahlstellenkassierer rufen wir das dringende Ersuchen, nur solche Bücher einzusenden, welche vollständig in Ordnung sind. Die Marken müssen bis Jahreschluß geliebt, etwaige beitragsfreie Wochen müssen abgestempelt sein. Das Nationale des Mitglieds auf dem Titelblatt muß vollständig sein. Für Bücher, welche nicht vollständig in Ordnung gebracht sind, können keine Ersatzbücher ausgestellt werden, so daß in erster Linie die Mitglieder selbst darauf bedacht sein sollten, daß ihr Buch bei der Uebergabe in Ordnung ist. Fehlende Marken müssen in jedem Falle nachgelöst werden.

Verbandsgelehrer beruht und aus Mendsburg abreist ist der Tischler Franz Seils, geb. 17. 12. 89 zu Kuhlitz, Buch-Nr. 306 360, aus Medlinghausen der Tischler Wilhelm Ostermann, geb. 27. 11. 73 zu Entesen, Buch-Nr. 257 168. Zahlstellen, denen der Aufenthalt bekannt ist, werden gebeten, uns unter Angabe der Adresse sofort Mitteilung zu machen.

In Nr. 48 der Zeitung wurde der Modelltischler Franz Meier, Buch-Nr. 142 030, von uns gesucht, derselbe hat sich gemeldet und seine Sache geregelt. Da die betreffende Nummer bereits im Druck war, konnte die Aufforderung nicht mehr zurückgenommen werden.

- Nachstehende Mitgliedsbücher sind als verloren gemeldet und werden hiermit für ungültig erklärt:
- 291041 Henri Müller, Polierer, geb. 13. 7. 83 zu Celle.
 - 359602 Julius Gallinski, Maschinenarbeiter, geb. 26. 6. 69 zu Wajano.
 - 388630 Paul Biesgrzhmawski, Tischler, geb. 31. 5. 88 zu Berlin.
 - 390410 Friedrich Rommel, Tischler, geb. 10. 3. 87 zu Ahweil.
 - 397988 Viktor Rosenbaum, Tischler, geb. 8. 3. 83 zu Straßburg.
 - 466455 Franz Scholze, Schneidemüller, geb. 2. 5. 73 zu Franzenborn.
 - 468901 Josef Geider, Tischler, geb. 24. 7. 03 zu Landsberg a. L.
 - 469518 Hermann Müller, Tischler, geb. 23. 8. 01 zu Brüllingen.
 - 487523 Wilhelm Nohl, Tischler, geb. 8. 8. 01 zu Danzig.
 - 487501 Albert Schulz, Tischler, geb. 18. 0. 81 zu Schlamin.
 - 500500 Ludwig Wegingärtner, Tischler, geb. 2. 3. 80 zu Schneeberg.
 - 512338 Karl Müller, Tischler, geb. 18. 8. 01 zu Lampoldshausen.
 - 516606 Ludwig Raabe, Tischler, geb. 23. 5. 08 zu Oberlaufungen.
 - 520035 Albert Schindler, Tischler, geb. 6. 3. 03 zu Göppingen.

Berlin C. 2, Neue Friedrichstr. 2.
Der Verbandsvorstand.

Minierarbeit der Unternehmer.

In Nr. 5 der „Zeitschrift für Würsten-, Pinfel- und Rammfabrikation“ vom 1. Dezember 1910 befindet sich ein Bericht über den 9. Verbandstag der Würstenmacherinnungen und selbständigen Würstenmachermeister, abgehalten vom 14. bis 16. August zu München. Die Tagesordnung enthielt auch einen Antrag der freien Innung München mit folgendem Wortlaut:

- a. Anstellung von Erhebungen über Milzbrandkrankungen im Würstenmachersgewerbe mit Ausschluß der Pinfelfabriken und Nohhaarspinnereien.
- b. Einreichung einer Petition zur Abschwächung der bestehenden Vorschriften über Desinfektion der Vorsten.

In der Begründung, welche der Obermeister der Münchener Innung, Herr Sauter, gab, bemerkte er, daß man dieser Mißgeburt von einem Gesetz energisch zu Leibe gehen müsse.

Eine Gefahr für die Würstenmacher in bezug auf Leben und Gesundheit bestehe nicht, dieselbe bestehe überhaupt nur in der Verordnung. Bis die Vorsten zum Verarbeiten der Würstenmacher erhält, seien die Vorsten schon durch so viele Hände gegangen, daß die Milzbrandsporen verschwunden sind, infolgedessen brauche man eine Desinfektion der Vorsten nicht. Es herrsche also eine unnötige Härte in den Bundesratsbestimmungen für die deutschen Würstenmacher. Ein Medner führte aus, daß durch Vorstenarbeit noch niemand an Milzbrand erkrankt ist! Derselbe kommt bei Schweinen überhaupt nicht vor, somit ist die Vorschrift für Vorsten hinfällig. Ein Herr bemerkte, sollten Erkrankungen vorkommen sein, so liege viel Schuld an der Unsauberkeit der betreffenden. Das verdient doch niedriger gehängt zu werden, denn wenn man weiß, wie seilens mancher Kleinmeister die Vorschriften in bezug auf Reinlichkeit gehandhabt werden, wie dies unsere Anfragen ergeben haben, so ist es geradezu fribol, eine solche Behauptung aufzustellen.

Herr Obermeister Sauter brachte dann folgende Resolution zur Vorlage, welche auch angenommen wurde. Es ist notwendig, den Wortlaut der Resolution den Kollegen zur Kenntnis zu bringen, damit sie sehen, von welchem Geist die Unternehmer besetzt sind, wenn Schutzbestimmungen für die Arbeiter geschaffen sind.

Der Verbandstag der deutschen Würstenmacherinnungen und selbständigen Würstenmachermeister zu München vom 14. bis 16. August 1910 erlaubt sich an einen hohen Bundesrat das ergebene Ansuchen zu stellen, die Verordnung vom 22. Oktober 1902, betreffend die Ein-

richtung und den Betrieb von Nohhaarspinnereien, Saar- und Wostenzurichtereien sowie der Würsten- und Pinfelmachereien einer Revision unterziehen zu wollen, in dem Sinne, daß Schweinsvorsten von der in Frage stehenden Verordnung auszuschließen seien.“

Hiernächst lange hat es gedauert, bis die Öffentlichkeit von diesen Beratungen erfahren hat, aber doch noch früh genug, um die Absichten der Herren Meister kennen zu lernen, klipp und klar haben sie durch diesen Antrag dokumentiert, daß Leben und Gesundheit der Arbeiter ihnen nichts wert ist. Trotzdem immer wieder Milzbrandkrankungen und Todesfälle vorkommen, versucht man die Schutzbestimmungen wieder zu beseitigen und besetzt sogar den Mut, dieselben als eine „Mißgeburt von einem Gesetz“ zu bezeichnen. Hier gilt es auch, unsererseits nicht untätig zuzusehen, die Kollegen und Kolleginnen müssen ganz entschieden dagegen Front machen, um die Absichten der Herren Würstenmachermeister zu durchkreuzen. Die Zentralkommission wird sofort die nötigen Schritte einleiten, um eine Verschlechterung der Bundesratsbestimmungen zu verhindern. Die Zentralkommission der Würsten- und Pinfelmacher.

J. U.: H. Duxler, Nürnberg.

Korrespondenzen.

Danzig. In Nr. 40 der „Eiche“ vom 9. Dezember bemerkt sich der Einsender aus Danzig vergeblich, den für die Gewerkschaften in jeder Hinsicht blamablen Verlauf der öffentlichen Versammlung vom 27. November durch Lügen und Verleumdungen zu verbessern. Die Zeitung des Gewerkschaftsvereins hatte selbst an den Anschlagssäulen sämtliche Arbeiter und Arbeiterinnen Danzigs zu der Versammlung eingeladen, warum schimpft denn der Einsender in der „Eiche“ nun darüber, daß auch ein Teil davon erschienen war? Die unflätigen, in keiner Weise berechtigten Beschuldigungen der Versammlungsbesucher zeigen die geistige Größe des Einsenders. Das 2 1/2stündige Referat des berechtigten Wrocztowski als ein sachliches zu bezeichnen, ist schon etwas mehr wie Geschmackverirrung. — Wunderbar konsterniert der Einsender in der „Eiche“ den angeblichen „Tumult“ am Schluß meiner Ausführungen. Derselbe soll nach dem Einsender entstanden sein, weil der Vorsitzende des Ortsvereins in Stolz, der vor drei Wochen als „Muddel-Muddel“-Kandidat zum Stadtverordneten gewählt wurde Herr Jank, in der Versammlung erblüht wurde. Bei aller Achtung vor dem neuen Amt des Herrn Jank, an dem angeblichen Tumult aber ist dieser neugeborene Stolper Stadtverordneter vollständig unschuldig. Schuld an der Aufregung ist einzig und allein die vollständig unparlamentarische Versammlungsleitung des Vorsitzenden. Obwohl sich unser Bevollmächtigter, Kollege Spill, rechtzeitig zur Begründung der von ihm eingereichten Resolution zum Wort gemeldet hatte, erteilte der Vorsitzende dennoch sofort nach meinen Ausführungen Wrocztowski wieder das Wort. Hierüber waren die Versammlungsbesucher mit Recht empört. Daß sich Herr Wrocztowski einen seiner Helfershelfer aus Stolz als Mauseisener zur Danziger Versammlung hatte kommen lassen, zeugt von keinem allzu großen Selbstvertrauen. Aber auch dieser Herr hätte, selbst wenn er zum Wort gekommen wäre, den Meinfall der Gewerkschaftsleitung und ihres Hauptes, Herrn Wrocztowski, nicht mehr verhindern können. Um die „Sachlichkeit“ des Referats zu kennzeichnen, mag es genügen, darauf hinzuweisen, daß Herr Wrocztowski Briefe und Karten verlas, in denen die gemeinsten Verleumdungen gegen meine Person enthalten waren, ohne daß die Namen der Brief- und Kartenschreiber von Herrn Wrocztowski mit verlesen wurden. Aus der Versammlung heraus aufgefordert, die Namen zu verlesen, erwiderte er, daß er sie an Gerichtsstelle nennen werde. Das ist die Sachlichkeit dieses Selben. Von Seiten der Versammlungsleitung wurde alles versucht, um meine Erwidernng zu verhindern oder sie wenigstens einzuschränken. Jede Weisfallsäußerung, zu meinen Ausführungen ließ den Vorsitzenden wie von einer Ratter gestochen von seinem Sitz aufspringen, und die Drohung, die Versammlung zu schließen, wenn nicht sofort Ruhe eintreie, wurde wenigstens ein halbes Dutzend mal während meiner Ausführungen ausgesprochen. Ja, als mir einmal das Wort „Hirsche“ entchlüpfte, bekam ich einen formgerechten Ordnungsruf, mit der Drohung, daß beim nächsten Ordnungsruf mir das Wort entzogen werde. Trotzdem wurde Herr Wrocztowski und seinen Trabanten nichts geschenkt. Wie hilflos diese Leute waren, beweist auch die Freude des Einsenders in der „Eiche“ darüber, daß ich dem Gewerkschaftsverein das Recht zuerkannt habe, Arbeitsnachweise zu errichten. Nur vergißt der Einsender, daß ich darauf hinwies, daß der Gewerkschaftsverein in Hamburg seinen Nachweis erst gründete, als die Differenzen daselbst ausgebrochen waren und daß die Gründung zu dem ausgesprochenen Zweck, Streikbrecher zu vermitteln, erfolgt sei. Das letztere sei ebenfalls in Stolz und anderen Orten der Fall gewesen. Wie auffallend leichsinnig die Herren um Wrocztowski mit der Wahrheit umgehen, beweist folgender Fall: Die Gewerkschaftsleitung hat wiederholt die Lüge verbreitet, unsere Kollegen bei Maulbach u. Friedrich in Stolz arbeiteten zu den von dem Gewerkschaftsverein abgeschlossenen Bedingungen. Ich hatte bei meinen Ausführungen diese Lügen gekennzeichnet und dabei ausdrücklich betont, daß selbst Herr Friedrich diese Behauptung der Hirsche als unwahr bezeichnete, trotzdem schreibt der Einsender in der „Eiche“ frech und läßt, ich hätte zugegeben, daß die Verbandsmitglieder zu den Bedingungen des Gewerkschaftsvereins arbeiten. Höher geht's nimmer! — Wir glauben ganz gern, daß sich die Herren Einsender und mit ihnen Herr Wrocztowski den Verlauf der Versammlung ganz anders gedacht haben. Wir können den Schmerz dieser Herren nachfühlen, die, nachdem sie so gehörig was auf die Wadepfoten bekommen hatten, keine Gelegenheit mehr hatten, zum Schluß ihre Lügen zu wiederholen. Schuld daran ist einzig und allein die Tatsache, daß der Herr Bezirksleiter Wrocztowski mir so unendlich viel Stoff zur Kritik geboten hat. Dieser Mann, der auch in seinem Referat zum Erbrechen oft die Bezeichnung „nationale“ Arbeiterschaft in bezug auf die Gewerkschaften gebrauchte, mußte erst vor wenigen Wochen erleben, daß selbst die „Königsstreu“ Arbeiter Danzigs öffentlich gegen seine Kandidatur als Stadtverordneter protestierten und mit einer Gegenliste drohten. Auf Grund

dieses Protestes wurde dann auch die Kandidatur wieder zurückgezogen. Dieser Herr, der bisher schon keines Mannes Achtung mehr besaß, ist durch den Verlauf der Versammlung zum Gespött der Arbeiterschaft geworden. An dieser Tatsache werden auch alle Flugblätter und Einfendungen in der "Eiche" nichts ändern können. Für die übrigen Herren aus dieser Gesellschaft gelten die Worte: Sage mir, mit wem du umgehst, und ich sage dir, wer du bist.

Aug. Siefeld.

Spandorf. Vor einigen Wochen forderten die Kollegen bei der Firma Richter u. Wittich für Überstunden, das heißt von der täglich zwölften Arbeitsstunde ab, einen Zuschlag. Man rechnete auf Entgegenkommen. Die Sache kam aber anders. Der vorstellig werdenden Kommission erklärte Herr Wittich: "Wir machen Überstunden, und es gibt nicht." Auf diese prokaiserliche Abweisung hin war es ganz erklärlich, daß die Arbeiter sich nun ganz entschieden weigerten, ohne jede Mehrbezahlung Überstunden zu machen. Wer aber nun glaubt, die Sache wäre damit erledigt, der irrt sich gewaltig. Eine solche Erfindung der Arbeiter erfordert strenge Sühne. So hat denn Herr Wittich bittere Rache genommen. Vier Kollegen, darunter drei verheiratete, welche nur das Beste für ihre Mitarbeiter und ihre Familien gewollt, mußten ans Straßensplaster. Was kümmert den Unternehmer die Gesundheit und das Familienlos seiner Arbeiter? Wenn es ihm beliebt, hat eben der Arbeiter bedingungslos bis spät in die Nacht hinein zu schuften. In diesem Betriebe werden auch die Arbeiterinnen geschicklich lange beschäftigt. Schon seit Monaten müssen dieselben von früh 6 bis abends 8 Uhr und auch Sonntags arbeiten. In einzelnen Fällen ist sogar von früh 5 Uhr an gearbeitet worden, so daß für eine Arbeiterin pro Woche 71 Stunden Arbeitszeit zusammenkamen. Auf dieses brutale Vorgehen des Herrn Wittich hin, sollte auch jede denkende Arbeiterin jede Überstunde verweigern. Kolleginnen, wenn Ihr daran denkt, wie oft man Euch schon die Löhne gekürzt hat, so sollte man meinen, daß auch Ihr Euch endlich aufrafft, Euch eurer Organisation anschließt und eure Arbeitsbrüder bei der Erkämpfung menschenwürdiger Zustände unterstützt. Die Kollegen werden diesmal infolge der ungünstigen Zeit diese bittere Pille noch einmal schlucken. Wenn sie aber weiter trenn von ihrer Organisation stehen und dafür sorgen, daß auch der letzte Rest der Kollegen derselben zugeführt wird, dann kann zu gelegener Zeit mit vollem Nachdruck an die Verbesserung unserer Lebenslage herangetreten werden.

Wuppinger. (Drechsler.) Nachdem die Zahl der organisierten Drechsler eine Steigerung erfahren hat, ist für diese Branche eine besondere Sektion gegründet worden. Zum Leiter derselben wurde Kollege Michel, Barbarastr. 20, bestimmt. Hoffentlich werden sich nun aber auch alle Kollegen ständig an den Branchenarbeiten beteiligen.

Goldap (Ostpreußen). Am Sonntag, den 4. Dezember, fand hier eine öffentliche Holzarbeiterversammlung statt, in der Kollege Siefeld aus Danzig über die Notwendigkeit der gewerkschaftlichen Organisation der Holzarbeiter referierte. Die Versammlung war von einer größeren Zahl Schneidern u. Holzarbeitern besucht und wurde besonders über die Lohn- und Arbeitsverhältnisse derselben gesprochen. Bei elf bis zwölfstündiger Arbeitszeit wird in den besten Sommermonaten ein Tageslohn von 2,30 bis 2,50 Mk. bezahlt, nach und nach wird derselbe bis auf 1,60 Mk. im Winter reduziert. In der letzten Woche mußten die Kollegen von der Schneidemühle des Herrn Hermanau täglich von 8 Uhr morgens bis 4 Uhr nachmittags, also sieben Arbeitsstunden, für 80 Pf. oder pro Stunde für 11½ Pf. arbeiten. Dabei gab man den Kollegen zu verstehen, daß sie es nach als eine Wohlthat zu betrachten hätten, daß sie überhaupt noch arbeiten dürften. Sicherlich ist es aber für den Unternehmer ein Opfer, wenn er für sieben Arbeitsstunden in der besten Tageszeit nur die Hälfte des Lohnes zahlt, den er sonst in zwölf Stunden bezahlte. Es wurde dann noch auf die Praxis der Eisenbahnverwaltung hingewiesen, die, obwohl in Goldap eine große Zahl Arbeitslose vorhanden sind, Soldaten der hiesigen Garnison komparativ zur Freilegung der Bahnschienen vom Schnee beschäftigt. Den Kollegen in der Schneidemühle wird es nur durch die Organisation gelingen, geregelte Lohn- und Arbeitsverhältnisse zu erringen, es wird die höchste Zeit für sie, davon auch Gebrauch zu machen.

Samm. Am 3. Dezember hatten wir eine außerordentliche Mitgliederversammlung einberufen, die ziemlich gut besucht war, wenn sich auch von den ebenfalls eingeladenen Unorganisierten keiner sehen ließ. Kollege Meier-Düffel sprach in eingehender und sachlicher Weise über das Thema: "Wer ist der beste Freund unserer Berufskollegen?" und erzielte für seinen lehrreichen Vortrag lebhaften Beifall. Zu wünschen wäre, daß die Versammlungen noch besser besucht werden. Es sind Kollegen vorhanden, die lieber wo anders hingehen und sich in der Versammlung überhaupt nicht sehen lassen. Das muß aufhören.

Northeim. Trohden die größeren Orte unserer Gegend in letzter Zeit bedeutende Fortschritte in den Arbeitsverhältnissen gemacht haben, liegen diese bei uns noch wie vor Jahren. In Göttingen wird die Arbeitszeit in der laufenden Vertragsperiode noch auf 56 Stunden heruntersinken und der Durchschnittslohn auf 46 Pf. steigen, selbst Osterode hat bereits seit 1906 einen tariflich festgelegten Mindestlohn von 34 Pf., der in Wirklichkeit längst überholt ist. Demgegenüber nimmt es sich doch recht lässlich aus, wenn hier immer noch 60 Stunden pro Woche gearbeitet wird und die Löhne zwischen 12 und 22 Mk. schwanken. Dabei sind es nur wenige Ausertese, die den letzteren Sach erreichen. Die Lebenshaltung ist jedoch keineswegs billig, an Kostgeld für Ledige ist 11 Mk. schon das Allerbilligste. Selbst in der benachbarten Tiefen Heide sind die Lohnverhältnisse besser als in Northeim. Es könnte aber auch hier weit besser sein, wenn unsere Kollegen sich mehr um ihre wirtschaftlichen Verhältnisse kümmern möchten und die Genesenden noch mehr für die Organisation gewinnen würden. Was in Göttingen möglich ist, muß es auch hier sein. Darum ans Werk!

Schramberg. Die Jahresbilanz der Sauburg-Amerikanischen Ahrenfabrik und die fortwährenden Lohnabzüge daselbst machen selbst bald den geduldigsten Arbeiter kopf-

schau. Wenn eine Firma neben ungeheuren Abschreibungen an Gebäuden und Mobilien und hohen Zantlemen an die Aufsichtsräte noch 10 Proz. Dividende verteilen kann, so sollte man glauben, daß dieselbe nun auch dem Arbeiter in der gegenwärtig teuren Zeit einen angemessenen Lohn zum Lebensunterhalt werde zukommen lassen, aber das Gegenteil ist hier der Fall. Deshalb ziehen es auch oft sehr viele Arbeiter vor, sich lieber eine andere Arbeitsstelle zu suchen, als sich noch länger in der schiefsten Weise ausbeuten zu lassen. Im letzten Sommer hatte sich eine Partie Schreiner von Furzwangen durch große Versprechungen verlocken lassen, bei dieser Firma in Arbeit zu treten. Nur zu halb mußten die Kollegen einsehen, daß sie auf den Leim gegangen waren. Trohden sie die besser bezahlten Arbeiten erhielten und ihnen die Ware immer von den Maschinen an die Arbeitsstelle befohrt wurde, war es ihnen nicht möglich, bei den schlechten Akkordpreisen einen auskömmlichen Lohn zu verdienen. Dabei waren es, wie sich der Werkführer damals selbst äußerte, lauter tüchtige Arbeiter. Es scheint, als ob der sogenannte Akkorddirektor, Herr Richard Breidenberger, mit seinem Offizierskandidateneinstellung einen sehr unheilvollen Einfluß in der ganzen Geschäftsleitung ausübt. Die Akkordpreise sind oft so kalkulierlich, daß man sich zuerst fragen muß, ob man wirklich nur aus Unkenntnis der Arbeit einen solchen Preis bietet. Hat dann ein Arbeiter noch den Mut, bei der Firma vorstellig zu werden, um andere Preise herauszuschlagen, so darf er sicher sein, daß er gleich einen schwarzen Strich erhält, um dann bei passender Gelegenheit gegangen zu werden. Wehlich geht es auch denjenigen Arbeitern, welche sich einmal über Mißstände aufregen. Wenn an den gefährlichen Holzbearbeitungsmaschinen lauter ungelernete und zum Teil auch noch jugendliche Arbeiter beschäftigt werden, und infolgedessen alle paar Wochen ein Unglück passiert, wobei die betreffenden Arbeiter oft für immer verläumtelte Hände davontragen, so haben doch gewiß die Vorstandsmitglieder der Betriebskrankenkasse das Recht, sich darüber auszusprechen. Dringt aber ein solcher Kollege auf die Abschaffung dieser Mißstände, so wird ihm von der Direktion eine solche Strafe zudiktirt, daß er es vorzieht, das Geschäft zu verlassen, als die Strafe zu bezahlen. Nachdem nun den ganzen Sommer über mit Hochdruck und oft bis nachts 11 oder 12 Uhr gearbeitet werden mußte, kommt man jetzt wieder mit Abzügen, jedenfalls, um den Arbeitern eine Weihnachtsfreude zu machen. Dieselbe Firma, die nach anken hin zu Weihnachten ihr gutes Herz zeigt, und den Vermitteln der Armen Geschenke gibt, macht zu gleicher Zeit Abzüge, die den Arbeitern im Jahre oft den hundertfachen Betrag an Lohn ausmachen. Unlängst wurden auch zwei Mädchen im Alter von über 20 Jahren eingestellt und denselben dann ein Stundenlohn von 15 Pf. gegeben, als dieselben erklärten, für diesen Preis nicht weiterzuarbeiten, wurde auch deren Vater, welcher schon fünf Jahre im Geschäft war und sich noch nie etwas zuschulden kommen ließ, entlassen. Das beweist, daß die Firma bestrebt ist, womöglich immer ganze Arbeiterfamilien beisammen zu haben, damit man den Arbeitern jede Bewegungsfreiheit unterbinden kann. Von den zum Teil übereifrigen Antretlern der Firma vergißt mancher, daß er auch einmal Arbeiter war, und daß auch schon mancher, der schon in höheren Regionen schwebte, wieder Arbeiter wurde. Der Arbeiterschaft aber wäre zu empfehlen, einmal über ihre schlechte Lage nachzudenken. Schon oft wurde an dieser Stelle auf die Organisation hingewiesen, ein Teil der Kollegen hat Gebrauch davon gemacht, aber ein großer Prozentsatz steht noch abseits und glaubt besonders Flug zu sein, wenn sie sich die Klatschen von anderen aus dem Feuer holen lassen. Wie schlecht solche Leute an sich selbst und an ihren Berufskollegen handeln, beweist die traurige Lebenslage der Arbeiterschaft im Schwarzwald. Die Organisierten werden furcht und unverzagt weiterkämpfen für die Organisation, in dem Bewußtsein, daß dieses der einzig richtige Weg ist, um in die dunkeln Höhlen des Schwarzwaldes Licht und neues Leben zu bringen, damit endlich auch einmal für die Arbeiterschaft gilt: "O Schwarzwald, o Heimat, wie bist du so schön!"

Unsere Lohnbewegung.

In Breslau sind die Parkettleger mit der Firma L. Kampmeyer in Differenzen geraten. Trohden der Direktor dieser Firma, Herr Langheim, den Tarifvertrag selbst unterschrieben hat, weigert er sich jetzt, denselben einzuhalten. Für Asphaltboden bietet die Firma 1,20 Mk. pro Quadratmeter, während der Tarif hierfür 1,35 Mk. vorschreibt. So sieht die Tariffrage dieser Herren Unternehmer aus. Da sich nun unsere hiesigen Kollegen weigern, zu diesem Preis Boden zu verlegen, hat die Direktion sich einige Arbeitswillige aus ihrer Breslauer Firma herangezogen, doch wird sie mit diesen billigen Arbeitern wenig Ehre einlegen. Es liegt sowohl im Interesse unserer Kollegen wie der tariftreuen Arbeitgeber, auch diese Firma zur Einhaltung des Vertrages zu veranlassen.

In Gmden ist entgegen den Nachrichten der bürgerlichen Presse an eine Beendigung des Kampfes in absehbarer Zeit nicht zu denken. Unsere ausgesperrten Kollegen haben sich zweimal zu Verhandlungen und schließlich auch zur Wiederaufnahme der Arbeit unter den gebotenen Bedingungen bereit erklärt, aber jedesmal hatten die Unternehmer wieder etwas Neues, den Friedensschluß zu hintertreiben. Es ist den Herrschaften in den Sinn gekommen, dem Holzarbeiterverband eine gründliche Niederlage zu bereiten, und sie lassen sich das etwas kosten. Wir werden unseren Mann stehen und bitten die auswärtigen Kollegen dringend um strengste Fernhaltung des Zuguges.

In Hinstertal ist der Streit in der Holzwarenfabrik von Theodor Schöbe nach siebenwöchiger Dauer durch Vermittlung des Bürgermeisters beendet worden. Am 3. Dezember fand unter dessen Vorsitz eine Sitzung zwischen den Parteien statt, an der auch der Gauborstler, Kollege Stübe, teilnahm. Der Bürgermeister hatte beide Parteien veranlaßt, eine schriftliche Darstellung über die Ursachen des Konfliktes einzureichen, die als Unterlage für die Verhandlung dienen. Es wurde in längerer Verhandlung schließlich ein Tarifvertrag zustande gebracht, der für die Kollegen durchaus annehmbare Zugeständnisse enthält. Der Vertrag tritt sofort in Kraft und läuft bis zum 15. Februar 1915. Die Arbeitszeit, die für Tischler

67½, für Maschinuarbeiter 68 Stunden pro Woche betragt, wird sofort auf 57 Stunden festgesetzt; eine weitere Verkürzung von je einer Stunde tritt in den folgenden Jahren, je ab 15. Februar, in Kraft, so daß ab 15. Februar 1914 die 64stündige Arbeitszeit zur Einführung gelangt. Der Stundenlohn wird sofort um 2 Pf. erhöht, eine weitere Erhöhung von 2 Pf. erfolgt ab 15. Februar 1912 und von 1 Pf. ab 15. Februar 1913. In der gleichen Höhe steigt der Minimallohn für Maschinuarbeiter, der erstmalig auf 34 Pf. die Stunde festgesetzt wurde. Für Akkordarbeiter ist ein Tarif abgeschlossen worden. Der neue Vertrag sieht auch eine Lohngarantie bei neuen Mustern vor. Alles in allem sind die Kollegen mit dem Ausgang der Lohnbewegung zufrieden. Ausgabe jedes einzelnen wird es sein, das Erzeugene auch hochzuhalten.

In Frankenhäusen a. O. scheint das Fest der Liebe mit seinem "Friede auf Erden" die K r o p f m a c h e r noch im ungeminderten Kampfe finden zu sollen. Trohden dieser nun schon 16 Wochen tobt, ist bisher noch keine merkliche Wendung eingetreten. Die hiesigen Fabrikanten haben damit gerechnet, daß jetzt vor Weihnachten die Arbeiter von selbst wiederkommen würden. In dieser Annahme aber haben sie sich getäuscht. Unsere streikenden Kollegen und Kolleginnen stehen fester denn je. Gerade der lange Kampf bestärkt sie und sind dieselben gewillt, ihre Forderungen noch energischer durchzudrücken. Wie einige Fabrikanten sich geäußert haben, handelt es sich für sie nicht um die paar Pfennige mehr Lohn, sondern um die Vernichtung der Organisation und die Niederringung der Arbeiterbewegung überhaupt. Das haben aber die Kollegen begriffen, wissen sie doch, was es heißt, der Organisation ent Fremde zu werden. Viele von den Kollegen sind untergebracht oder reisen ab. Die Unternehmer geben sich die größte Mühe, Streikbrecher vom Lande in ihre Fabriken zu bekommen, was ihnen auch teilweise gelungen war. Aber die meisten davon haben nach wenigen Tagen, ja sogar schon nach wenigen Stunden diesen Betrieben wieder den Rücken gekehrt. Waren dies doch fast durchweg Leute, welche sonst in der Landwirtschaft tätig und für die Knopfabrik ganz ungeeignet sind. Noch ist zu bemerken, daß die als Klausreier stehenden gebildeten Elemente beschloßen haben, auch einer Organisation beizutreten. Es war hierhalb ein Vertreter der selben hier am Orte, dem sich dann auch einige Arbeiter zugesellten, welche aber alles andere meiden können, nur nicht den Teufel Alkohol. Der Vertreter der selben hat in der ersten Zusammenkunft deren Verhalten bei Ausbruch des Streiks, daß sie weitergearbeitet haben, rühmlichst hervorgehoben, da doch auch die Herren Fabrikanten ausgesprochen hätten, nichts zulegen zu können. Für die gesamte organisierte Arbeiterschaft Frankenhäusens ist es gewiß, würden wir diesen Kampf verlieren, in welchem uns nicht nur die Knopfabrikanten bekämpfen, sondern auch ein leidhaftiger Arzt als Gegner erscheint, so würde die ganze Arbeiterbewegung auf Jahrzehnte zurückgedrängt sein.

In Mülhausen i. Elz. dauert der Streit der Tischler nun schon elf Wochen. Die Streikenden halten sich musterhaft. Dafür haben uns nun aber die Streikbrecher ein kleines Noabit geliefert. Schon seit längerer Zeit wurden unsere vor dem Baugeschäft Uhl im Vorort Dornach aufgestellten Streikposten von den Arbeitswilligen sowie von den Söhnen der Witwe Uhl in der rohesten Weise bedroht und mißhandelt. Gelegentlich eines solchen Auftrittes kam es am Abend des 6. Dezember zu einer größeren Menschenansammlung und zu Differenzen zwischen den rauflustigen Arbeitswilligen und den Straßenpassanten. Als hierbei auch einige Fenster Scheiben des Uhl'schen Anwesens in Trümmer gingen, eröffneten die Bewohner des Uhl'schen Hauses sofort ein Schnellfeuer mit scharfen Patronen. Man darf von Glück sagen, daß von den auf die Außenstehenden abgegebenen 40-50 Schüsse ernstere Verletzungen anscheinend nicht hervorgerufen wurden. Die Polizei war während des ganzen Vorganges nicht zu sehen, doch wurde im Laufe der Nacht sowie am darauffolgenden Tage das Uhl'sche Geschäft von Mülhauser und Dornacher Polizisten, Gendarmen, Wamwarten und Hundsbewacht, sie fanden aber keine Gelegenheit mehr zum Einschreiten. Die gesamte bürgerliche Presse bemüht sich nun, die ganze Geschichte den Streikenden in die Schuhe zu schieben, und jammert in den rührendsten Tönen nach Ausnahmengesetzen, allen voran natürlich die Herikalen Blätter. Demgegenüber sei festgestellt, daß Streikende bei diesem Tumult nicht beteiligt waren. Das wird auch dadurch bestätigt, daß kein einziger der Streikenden verwundet oder verhaftet worden ist, wohl aber haben eine Anzahl unteiliger Dornacher Bürger Verletzungen davongetragen. Mit welcher Frechheit die Streikbrecher vorgingen, beweist, daß an demselben Abend einer unserer Kollegen, zufällig ein Dornacher Bürger, über 500 Meter von dem Geschäft entfernt von zwei Streikbrechern und zwei Polizisten angehalten wurde. Die beiden Streikbrecher hielten unserem Kollegen die Revolver auf die Brust, während die Polizisten dessen Taschen aufs gründlichste nach Schußwaffen untersuchten. Tatsächlich wurde auch bei dem Streikbrecher ein verdächtiger Gegenstand gefunden, den man nach genauer Prüfung als - Tabakspfeife feststellte. Tags darauf wurde sogar ein vollständig fremder Mann von den müßlichen Elementen bedroht und mißhandelt, lediglich deshalb, weil er eine Sammethose trug und deshalb für einen Holzarbeiter gehalten wurde. Unsere Kollegen stehen der ganzen Geschichte talblütig gegenüber und werden nach wie vor alles daran setzen, ihrer gerechten Sache auf gesetzlichem Wege zum Siege zu verhelfen. Sie lassen sich weder von der bürgerlichen Presse einschüchtern, noch von deren ehrenwerten Schülkingen zu Unbesonnenheiten provozieren.

In Mastutt streiken in der Waggonfabrik seit 14 Tagen sämtliche Holzarbeiter. Bisher hatten die Kollegen einen Stundenlohn von 28 bis 36 Pf.; sie verlangten nun wegen der Verteuerung der Lebensmittel 2 Pf. pro Stunde Zulage und eine Verkürzung der Arbeitszeit von

10 auf 8 1/2 Stunden. Diese gewiß sehr beschreibene Forderung wurde von der Firma ebenso wie jede Verhandlung abgelehnt. Als die Arbeitswilligen von der berühmten Auguste Müller in Wandseel hier ankamen, wurden sie ebenso wie anderswo von Gewerkschaften und Polizei eskortiert, so daß es den Streikposten nicht möglich war, die Leute über den Streik aufzuklären. Auch sonst müssen wir einen schweren Kampf um das Recht des Postensiehens führen, während man die Fabrik nicht hindert, schwarze Listen nach allen Richtungen zu versenden, um die Arbeiter auszuhebeln zu können. Als die von der Delmenhorster Waggonfabrik abgeschobenen Berufsstreikbrecher hier ankamen, fehlte nicht viel und ein Kampf zwischen Arbeitern und der Staatsgewalt wäre fertig gewesen. Nur der großen Mühe und Besonnenheit der Streikenden ist es zu danken, wenn kein Blut geflossen ist. Die Fabrikleitung macht alle Anstrengungen, Arbeiter anzuwerben. Der Erfolg aber war gleich Null. Es ist auch wirklich kein Vergnügen, mit solcher Sorte von Menschen, wie die Wandseeler Garbe, in der Fabrik gemeinsam zu schlafen und zu essen. Erfreulich ist, daß die Streikenden wie ein Mann zusammenstehen. Von der Umgebung findet sich niemand, der in dieser Fabrik arbeiten will. Die Sache der Arbeiter hat die beste Aussicht auf Erfolg. Wir erwarten von den Holzarbeitern aller Art, daß sie den Bezug nach hier streng fernhalten.

In Schmitten läuft mit Ende dieses Jahres der Tarifvertrag mit der Pianofortefabrik Soph u. Sohn ab. Die Arbeiter des Betriebes sind nun an die Firma herangetreten, um ein neues Vertragsverhältnis mit einigen Verbesserungen der Arbeitsbedingungen einzugehen. Statt einer Antwort erfolgte am 10. Dezember die Kündigung von sechs Kollegen. Angeblich erfolgte diese zwar wegen Einschränkung des Betriebes, die Arbeiter können sich aber des Eindruckes nicht erwehren, als ob ihnen damit nur der Fehdehandschuh hingeworfen werden solle. Die Arbeiter sind aber entschlossen, ihre Interessen nötigenfalls mit allem Ernst zu vertreten.

In Stuttgart dauert der Streit bei der Montormöbelfabrik Oberhard Feger nun sieben Wochen. Die Stimmung unter den streikenden Kollegen ist schon deswegen eine gute, weil die Firma immer für die nötige Unterhaltung sorgt. Was da alles zur Heranziehung von Arbeitswilligen geleistet wird, übersteigt schon das gewöhnliche Maß. Zunächst sollten die christlichen Kollegen den Arbeitswilligen spielen, und als diese die hübsche Rolle dankend ablehnten, richtete der Herr Werksführer in seiner Privatwohnung ein Stellenvermittlungsbureau ein. Unter Geschäftswürden in der ganzen bürgerlichen Presse Arbeitswillige gesucht. Es meldeten sich auch eine Anzahl Kollegen, aber nur um zu sehen, was los ist. Angefangen hat keiner. So mußten denn zwei abgetakelte Schreinermeister anmustern. Die Streikbrecheragenten der Firma aber dehnten ihr Tätigkeitsfeld weiter aus. In Frankfurt a. M. und in Straßburg haben sie zunächst Standquartier aufgeschlagen. Dort wurden die Herbergen nach „tüchtigen Schreinergefellern“ abgeklappt und hat die Firma auch einen Transport angeworben. Die Zahl reichte aber immer noch nicht aus, und so ist der Werksführer auf den Gedanken verfallen, daß hier nur noch der Gewerksverein Hirsch-Dunder helfen eingekerkert könne. Dieser fand sich denn auch gleich dazu bereit. (Siehe hierzu die Notiz unter der Rubrik „Aus der Holzindustrie.“) Viel Glück hat Feger mit seinen Arbeitswilligen allerdings nicht gehabt. Ein Kollege aus Frankfurt, der sich unter dem Streikbrechertransport befand, hat sich schon unterwegs seitwärts in die Wälder geschlagen. Die übrigen Arbeitswilligen aus Frankfurt, Höchst a. M., Straßburg und Rastatt konnten wir alle wieder abspießen. Trotzdem diese Leute auf Wunsch der Firma ihren Weg zur Werkstätte durch das Kellerloch nehmen mußten, um dann über den Gartenzaun ins Freie zu gelangen, haben unsere streikenden Kollegen auch diesen beherrschten Ausgang mit Posten besetzt und den Arbeitswilligen dann Aufklärung über die Differenzen gegeben. So ist jetzt die Firma die Arbeitswilligen und auch das Fahrgeld losgeworden. Nicht schneidig geht in diesem Kampfe die Stuttgarter Polizei vor. Vier Schulleute, ein Kriminalbeamter und ein Wachtmeister müssen unseren Kollegen das Streikpostensitzen verbieten. Hat sich da vor einigen Tagen ein streikender Kollege auf dem Bürgersteig mit seiner Braut unterhalten. Diese Tat mußte gerochen werden und prompt hat die Polizei diese gefährliche Unterhaltung auch verboten. Durch diese Maßregeln sollen unsere Kollegen eingeschüchtern werden. So lange aber die Firma mit unserer Organisationsleitung nicht verhandeln will, werden wir den Kampf weiter führen. Wir fordern die Kollegen allerorts auf, den Bezug fernzuhalten.

In Lissit sind die Schneidemüller in eine Lohnbewegung eingetreten. Verlangt wird zunächst, die Arbeitszeit pro Tag auf zehn Stunden einheitlich festzusetzen, ferner die Bezahlung nicht loutenweise (diese sind in den Betrieben sehr verschieden lang bemessen), sondern im Stundenlohn zu berechnen, und zwar pro Stunde 45 Pf. für Ueberstunden 75 Pf., des weiteren soll die Lieferung von Brennholz zugunsten der Kollegen geregelt werden. Die Unternehmer verlangten nun zunächst die Einreichung der Mitgliederliste, später erklärten sie sich zu Verhandlungen bereit, wenn wir ihnen den Nachweis erbrächten, daß die Mehrzahl der Schneidemüller dem Holzarbeiterverbande angehört. Nach wiederholten schriftlichen und mündlichen Auseinandersetzungen haben wir uns bereit erklärt, den verlangten Nachweis dem Gewerbegerichtsbüro, Stadtrat Köhde, unter dem Siegel der Amtsverschwiegenheit, zu liefern. Nach einer gemeinsamen Rücksprache des Vorsitzenden des Arbeitgeberverbandes für Holzhandel und Holzindustrie, Herrn E. Schmidt, und des Kollegen Sidfeld mit Herrn Stadtrat Köhde, erklärte sich derselbe bereit, diese Angelegenheit zu prüfen. Die Verhandlungen über die eingereichten Forderungen dürften dann sicher in den nächsten Tagen stattfinden. Für die Kollegen in den Schneidemühlen sollte das ein Ansporn sein, dafür zu sorgen, daß in Zukunft sämtliche Arbeiter in den Schneidemühlen dem Verbande angehören, da es sicherlich dadurch bedeutend erleichtert würde, die Lohn- und Arbeitsverhältnisse zu verbessern.

Aus der Holzindustrie.

Die Hirsche können den Streikbruch nicht lassen. In der Frankfurter „Volksstimme“ lesen wir die nachstehende Mitteilung, die dem Blatt von unserer Zahlstelle Frankfurt a. M. zugegangen ist: „Bei der Firma Feger in Stuttgart, Montormöbelfabrik, stehen die Schreiner im Streik. Die Firma hatte einen Herrn C. Brauner, angeblich Werksführer der Firma, nach hier geschickt, um Arbeitswillige zu holen; sein Standquartier hatte dieser Herr im Gasthaus „Zu den vier Jahreszeiten“, Scharnhorststraße, aufgeschlagen. Aus Unkenntnis hatte sich nun Herr Brauner an den Holzarbeiterverband gewendet und prompt, wie das bei uns üblich ist, wurden von da zwei Mann „vermittelt“. Die erste Frage, die nun Herr Brauner an diese Kollegen richtete, lautete: „Sind Sie vom Gewerksverein der Hirsche „Dunderschen“?“ Als sie das verneinten, wurden sie selbstverständlich nicht eingestellt und B. war so ehrlich, ihnen zu sagen, daß bei der Firma Differenzen bestehen, er also keine vom Deutschen Holzarbeiterverband einstellen könne. Der Zufall wollte es nun, daß uns der Wind eine Ruweisungskarte vom Gewerksverein S. D., hier, Alte Mainzerstraße 90, auf den Tisch wehte, mit der Unterschrift des Herrn Brauner, sowie der Bestätigung, daß der Schreiner eingestellt sei. Auf der Rückseite dieser Karte war noch folgendes bemerkt:

H. B.

Ich würde Ihnen sehr dankbar sein, wenn Sie uns noch 2 bis 3 tüchtige Schreiner Ihrer Organisation vermitteln wollten. Wir würden den Leuten die Fahrt nach Stuttgart bezahlen, dauernde gut bezahlte Stellung können wir zusichern. Eventuelle Nachricht bitte an C. Brauner, Stuttgart, Dgast. 118, zu richten.

Durch die Karte war uns erst richtig klar geworden, weshalb Brauner die Frage: „Kommen Sie vom Gewerksverein der Hirsche-Dunders?“ an unsere Kollegen gerichtet hatte. Was sagt nun Herr Walzer (der Frankfurter Generalsekretär der Hirsche, Neb.) zu dieser Tatsache, will er das wieder abstreiten? Neugierig sind wir, wie sich der Arbeitersekretär Herr Walzer aus dieser neuesten Arbeitswilligenvermittlungssache herausch— wird. Draber Arbeitervertreter.“

Angeichts dieser neuesten Leistung der Hirsche muß man doch sagen, jetzt hört bald verschiedenes auf. Nun wird es Zeit, an die Leitung des Gewerksvereins die energische Frage zu richten, ob sie sich mit dieser fortgesetzten Tätigkeit ihrer Mitglieder als Streikbrecher und Streikbrechervermittler identifiziert oder ob es ihr nur an Kraft gebracht, dem unsauberen Treiben der Arbeiterhändler, die sie im Gewerksverein hat, Einhalt zu tun. Mit diesem Treiben der Hirsche muß aber so oder so endlich Schluss gemacht werden. Wenn die Hirsche durchaus gelbe Arbeiterpolitik treiben wollen, dann sollen sie auch den Mut haben, es auszusprechen und dann müssen sie sich auch damit abfinden, dementsprechend behandelt zu werden. Aber auf der einen Seite gemeinsam mit dem Deutschen Holzarbeiterverband Vertragsverhandlungen zu führen und zu gleicher Zeit uns durch Lieferung von Streikbrechern in den Rücken zu fallen, das geht nicht an. Da ist es Zeit, daß ein deutliches Wort gesprochen wird.

Ein interessantes Augenblicks macht der Bericht der Waggon- und Maschinenfabrik A. G. vorm. Busch & Hamburg-Wauken. In demselben wird das Herabgehen der Dividende, die noch im Vorjahr 14 Prozent betrug, auf jetzt 12 Prozent damit begründet, daß der vorjährige Stellmacherstreik das Erträgnis der Gesellschaft benachteiligt habe. Das beweist von Neuem, daß es auch für das finanzielle Erträgnis eines Unternehmens vorteilhafter ist, sich durch anständige Verhandlung und Entlohnung einen tüchtigen Arbeiterstamm zu erhalten, als durch das krasse Herauskehren des „Herrn im-Hause“ langwierige Kämpfe heraufzubeschwören. Der Vorfall hier ist um so interessanter als an dem Streik, oder richtiger Ausperrung, der Stellmacher in der Waggonfabrik in Wauken, um die es sich hier handelt, nicht die Arbeiter, sondern die Direktion schuld war. Diese trat im Anfang November 1909 mit einer wesentlichen Herabsetzung der Pflorblöhne (bis zu 15 Prozent) an die Stellmacher heran. Als diese darauf nicht eingehen konnten, erfolgte am 8. November 1909 die Aussperrung, die dann schließlich Mitte Februar 1910 unter Zurücknahme der Abzüge wieder aufgehoben werden mußte. Wenn man berücksichtigt, daß die Gesellschaft kurz vorher erst eine 14prozentige Dividende ausgeschüttet hatte, so kann der Abzug wirklich nicht mit schlechten Geschäftsergebnissen begründet werden, sondern entsprach vielmehr der Sucht, auf Kosten der Arbeiterhosen noch mehr zu verdienen.

Die lange Aussperrung ist für die Fabrikleitung, wie der Geschäftsbericht beweist, eine teure Lehre gewesen. Für die alten eingearbeiteten Stellmacher hatte man als Ersatz die fragwürdigen Gestalten der Wandseeler Streikbrecherzentrale verschrieben, dazu die nötigen gut bezahlten „Kontrollreue“. Damit zu produzieren ist natürlich teurer als wie mit ehrlichen Arbeitern. Dazu kam, daß die wenigen Wagen, die geliefert werden konnten, so „gut“ waren, daß selbst die sächsische Bahnverwaltung teilweise die Abnahme verweigerte.

Die Streikbrecher haben ihren Zubehör empfangen und sind gegangen worden. Als dann im August 1910 die Arbeiter mit Forderungen an die Firma herantreten, zeigte diese sich weit entgegenkommender und wurde ohne Arbeitsniederlegung die Herabsetzung der Arbeitszeit von 60 auf 57 1/2 Wochenstunden und eine Lohnerhöhung erreicht. Die Firma dürfte eingesehen haben, daß sie dabei besser fährt. Die Aussichten für die nächste Zeit werden jetzt in der Presse, insbesondere mit Rücksicht auf Staatsaufträge, als günstig bezeichnet.

Bagländerische Annstämbel-Industrie, Akt.-Ges., Ernst Seidel, Auerbach i. V. Unter dieser Firma wird die Möbelfabrik Ernst Seidel, G. m. b. H., am 1. Januar 1911 in eine Aktiengesellschaft umgewandelt. Die bisherigen Mitglieder der „Gesellschaft mit beschränkter Haftung“ haben sämtliche Aktien übernommen. In den Aufsichtsrat sind gewählt: Rechtsanwalt Beutler, Banddirektor Wolf, Privatmann Müller in Auerbach und Möbelfabrikant Beidler und Kunsttischreißer Himmer in Blaun i. W.

Gewerkschaftliches.

Wärung im Ruhrkohlenrevier.

Im Ruhrkohlenrevier gärt es schon lange, und es hat den Anschein, als ob dort ernste Ereignisse in der Entwicklung begriffen sind. Der Streik auf der Zeche Lukas, von welchem wir in der vorigen Nummer Notiz genommen haben, ist beigelegt worden, ohne daß sich aus ihm, wie vielfach befürchtet wurde, der große Brand entwickelt hat. Die Bechenverwaltung hat wohl wiederholt erklärt, mit der Streikleitung offiziell nicht verhandeln zu wollen, tatsächlich hat sie aber mit ihr verhandelt. Den Ausständigen wurde die ehrenwörtliche Zusage gemacht, daß Kontraktbruchstrafen nicht eingehalten werden und daß auch keine Maßregelungen erfolgen sollen. Die Beschwerden der Arbeiter sollen gründlich geprüft und die Mißstände abgestellt werden. Etwasige Differenzpunkte solle schließlich das Entgeltamt entscheiden. Die Wiederaufnahme der Arbeit zum 6. Dezember, nachdem der Streik eine Woche gedauert hatte, wurde gegen eine ansehnliche Minderheit beschlossen. Der Widerspruch ihrer Minderheit ist erklärlich angesichts der üblichen Erfahrungen, welche die Bergarbeiter schon so oft mit den Versprechungen der Unternehmer gemacht haben. Immerhin bedeutet der Umstand, daß sich die Bechenverwaltung überhaupt zu diesen Zusicherungen herbeigelassen hat, schon einen wesentlichen Fortschritt. Der christliche Bergarbeiterverband, der sich so kräftig für den Streikbruch ins Zeug gelegt hat, hat sich eine gehörige Niederlage geholt. Offenbar hat ihm die Bechenverwaltung nicht die Fähigkeit zugetraut, sich auch nur auf dem Gebiete des Streikbruches so erfolgreich zu betätigen, wie er es gewollt hat.

Es war von vornherein die Absicht der Verbandsleitung gewesen, zu verhindern, daß sich aus dem Streik auf dieser einen Zeche ein größerer Kampf entwickelt. Nach den Erfahrungen bei den früheren Bergarbeiterkämpfen mußte mit einer solchen Möglichkeit gerechnet werden. Es ist zu begrüßen, daß es gelungen ist, den Streik zu lokalisieren, so daß sich die nun beginnende allgemeine Lohnbewegung der Ruhrbergleute ohne solche unerwünschte Komplikationen entwickeln kann. Diese allgemeine Lohnbewegung ist nun im Fluß; welchen Verlauf sie nehmen und wie sie ausgehen wird, läßt sich allerdings schwer voraussagen. Jedenfalls ist aber eine allgemeine Lohnbewegung der Ruhrbergleute ein Ereignis von so eminenter Wichtigkeit; es berührt die gesamte Volkswirtschaft in so empfindlicher Weise, daß die Aufmerksamkeit, welche die gesamte Presse den werdenden Dingen zuwendet, durchaus begründet ist.

Bekanntlich hat der christliche Gewerksverein der Bergarbeiter ein gemeinsames Vorgehen mit den anderen Bergarbeiterorganisationen abgelehnt und seinerseits eine eigene Eingabe an den Bechenverband gemacht. Er ist damit den gemeinsam operierenden Organisationen, dem Bergarbeiterverband, der polnischen Verbandsvereinsigung und dem Hirsch-Dunderschen Gewerksverein, die ihre Eingabe am 30. November abgeben ließen, um zwei Tage zuvor gekommen. Die Christen können sich also rühmen, zuerst auf dem Plan erschienen zu sein. Die damit an den Tag gelegte Schlaueit und das jämmerliche Kriechen vor den Bechenbesitzern, das sich insbesondere in dem vom Vorstand des christlichen Gewerksvereins an die Scharfmacherblätter „Rheinisch-Westfälische Zeitung“ und „Post“ gerichteten Zuschriften dokumentiert, hat nicht einmal an den Stellen gewirkt, auf die es berechnet war. In einem Artikel in der den Bechenbesitzern ebenfalls recht nahestehenden „Kölnischen Zeitung“ wird die den Christen so fatale Tatsache konstatiert, daß sich ihre Reihen lichten, während der verhasste alte Verband wächst. Dann fährt das Blatt fort: „Lange haben die Führer der Christlichen geschwankt, ob sie nicht wieder mit den Genossen vom alten Verband einen frisch-fröhlichen Krieg gegen die Werkbesitzer unternehmen sollten, das hätte am sichersten die Organisation wieder gestärkt. Politische Erwägungen haben aber auf einen anderen Weg geführt und eine Trennung von den Genossen für absehbare Zeit notwendig gemacht. Deutlicher kann man in dieser Sache werden, wenn einmal die Sammelpolitik für die Reichstagswahlen von Köln bis Hamm auch die breite Öffentlichkeit beschäftigen wird. Tatsächlich war es danach vom christlichen Gewerksverein nicht fluggehandelt, zu seinen besten Mißerfolgen aus jüngster Zeit noch einen neuen zu wagen.“ Das ist eine bittere Pille, aber sie ist wohl verdient.

Die von den drei gemeinsam operierenden Verbänden aufgestellten Forderungen sind, wie erwähnt, am 30. November an den Bechenverband gesandt worden. Sie haben folgenden Wortlaut:

1. Eine durchschnittliche Lohnerhöhung von 15 Proz. am 1. Januar 1911 in Kraft treten zu lassen;
2. Das Verbauen in der Grube nicht mehr im Kohlengebirge mit zu berechnen. Um die Sicherheit der Bergarbeiter zu fördern, soll das Verbauen der Strecken und alle sonstigen Nebenarbeiten besonders bezahlt bzw. verrechnet werden;
3. Die Leistungen der Knappschaftsklassen sollen entsprechend den Anträgen der Arbeitervertreter in der letzten Generalversammlung des Allg. Knappschaftsvereins zu Vochum erhöht und zu diesem Zweck außerordentliche Generalversammlungen der fraglichen Klassen einberufen werden.

4. Der voriges Jahr eingeführte Zwangsarbeitsnachweis soll in einen auf paritätischer Grundlage aufgebauten umgewandelt werden, wie das schon voriges Jahr von allen Verbänden mit Recht verlangt wurde.

Diesen Forderungen ist eine eingehende Begründung beigegeben. Die Eingabe des christlichen Gewerkschafts hat einen ähnlichen Inhalt. Auf beide Eingaben ist auch bereits die Antwort erfolgt. Das Schreiben an den christlichen Verband ist ausführlicher, das an die drei anderen Verbände ziemlich kurz gehalten und verweist auf die in dem erstgenannten Schreiben gegebene Begründung. Der Inhalt der Aeußerung des Bechenverbandes läßt sich zusammenfassen in den Satz: „Es wird nichts bewilligt.“

Auf die Frage, was nun geschehen wird, läßt sich vorerst eine Antwort nicht geben, darüber haben die Vergarbeiter selbst zu entscheiden. Es ist etwa ein Jahr her, da gebärdeten sich die Führer des christlichen Gewerkschafts recht radikal. Insbesondere konnte sich der Generalsekretär der Christen, Herr Effert, in radikalen Nebenartikeln nicht genug tun. So äußerte er im Hinblick auf den zu erwartenden Streik: „Der Schlag soll so vollständig geführt werden, daß das gesamte Gewerbe, die gesamte Industrie lahmgelegt werde.“ Bei einer anderen Gelegenheit meinte derselbe Effert in bezug auf den Zeitpunkt der großen Abrechnung mit einem Blick auf die bevorstehenden Reichstagswahlen: „Es sei gar nicht ausgeschlossen, daß man eine Zeit wählen würde, in der die politischen Wogen hochgingen und den Arbeitern Gelegenheit gegeben wäre, ihren Groll auch politisch zu belüften.“ Das sind Worte, an welche sich die guten Christen leicht ungerne erinnern lassen. Das Zentrum hat zurückgegriffen und die Führer der christlichen Gewerkschaften müssen zur höheren Ehre des Zentrums die Arbeiterinteressen verraten. Die Taktik der Vergarbeiterverbände wird natürlich von dem verräterischen Treiben der Christen wesentlich beeinflusst, aber für alle Fälle läßt sich jetzt schon sagen, die Christen werden die Früchte ihres Verrates nicht genießen.

Das Lob der Arbeiterssekretäre. Es ist allgemein bekannt, daß die Arbeiterssekretäre sich gerade keiner besonderen Beliebtheit bei unseren Behörden erfreuen. Um so angenehmer berührt es, wenn ein hoher Beamter, der Staatssekretär des Innern Dehnbach, den viel angefeindeten Arbeiterssekretären das nachfolgende Loblied singt:

„Ich gehöre nicht zu denen, die eine unrichtige Vorstellung von der Tätigkeit unserer Arbeiterssekretäre haben; ich weiß ganz genau, daß sie so, wie sich die Dinge bei uns entwickelt haben, ich möchte sagen, eine unentbehrliche Institution geworden sind, die sich dauernd hessentlich in der Richtung entwickeln wird, die der Abg. Raumann annimmt. Sie alle kennen die Tätigkeit der Arbeiterssekretäre aus den Parlamenten, insbesondere aus den Kommissionen dieses Hauses, wie alle wissen, daß sie uns mit ihrer Sachkunde annehmlich und wertvolle Mitarbeiter sind; wir wissen ferner, daß die Arbeiterssekretäre die Leiter der Arbeiter sind in den verwickelt organisierten Vorgängen der Sozialpolitik, daß sie deren Rechte vertreten vor den Behörden, vor allem, wenn die Arbeiter Rechtsansprüche aus den sozialpolitischen Gesetzen zu vertreten haben, und daß sie die Anwälte der Arbeiter insbesondere vor den Schiedsgerichten und im Reichsversicherungsamt sind; wir alle wissen, daß die Arbeiterssekretäre draußen in Lande für den Arbeiter unentbehrlich sind, daß sie die Versammlungen berufen und führen, daß sie deren Beschlüsse formulieren und sich dort die Aufträge geben lassen, die sie dann bei den Behörden, im Reichstag und in der Fachpresse vertreten.“

Das ist ein Ausschnitt aus der Rede, die der Staatssekretär in der Reichstagskammer am 6. Dezember anlässlich der zweiten Beratung des Arbeitskammergesetzes gehalten hat. Das merkwürdigste dabei ist, daß der Staatssekretär diesen Arbeiterssekretären, denen er so hohes Lob spendet, die Wählbarkeit in die Arbeitskammern nicht zuerkennen will.

Polizeiliches und Gerichtliches.

Die reparierte Ehre der Streikbrecher. Wegen Vergehen gegen den § 153 der Gewerbeordnung waren 6 Mitglieder unserer Zahlstelle in der Stadt angeklagt, weil sie während des Streiks bei der Firma Ehrhard die empfindliche Ehre einiger Streikbrecher verletzt haben sollen. Die Arbeitswilligen Simon Heig und Georg Börig aus Darmstadt, der Werkführer Heller, der sich schon in Frankfurt berühmt gemacht hat, und Max Mühlmann, der gegenwärtig in Wölfling bei Leipzig Werkmeister spielt, hatten Strafanzeige erstattet und fungierten vor Gericht als Zeugen. Trotzdem sie bemüht waren, die Angeklagten recht schwarz zu schildern, wurden diese vom Schöffengericht freigesprochen. Ueber diese Verhandlung haben wir in Nr. 42 berichtet. Wegen des freisprechenden Urteils hat jedoch die Staatsanwaltschaft Verurteilung eingeleitet und die Strafkammer hat nunmehr die Angeklagten zu je 2 Wochen Gefängnis verurteilt. Das Gericht hat diesmal dem Zeugnis der Streikbrecher Glauben geschenkt, obwohl sie mit Notizen arbeiteten, von welchen in der ersten Verhandlung keine Rede war, und obwohl sich herausstellte, daß angebliche Ausdrücke der Angeklagten, die auf Grund der Notizen bekundet wurden, in diesen Notizen gar nicht verzeichnet waren. Der Prozeß dürfte übrigens noch ein Nachspiel erhalten, da einer der Zeugen unter seinem Eide Aussagen gemacht hat, die sich mit der Wahrheit schlecht aufeinanderreimen lassen.

Streiknachspiele. Aus Kaiserslautern wird uns geschrieben: Ein Streik ohne gerichtliche Nachspiele

gehört bei dem Schutze, der den arbeitswilligen Geschöpfen seitens der Behörden zuteil wird, zu den Seltenheiten. Die Gerichte bringen die geringfügigsten Sachen mit dem § 153 der Gewerbeordnung in Zusammenhang. Was heutzutage genügt, um eine Verurteilung eines Arbeitswilligen zu konstruieren, ist allgemein bekannt. Den Streikbrechern wird von den Gerichten der vollste Glauben geschenkt, und die Anklagevertreter können nicht scharf genug betonen, daß die Arbeitswilligen in weitgehendstem Maße beschützt werden müssen. In Kaiserslautern stehen Polizei, Gerichte, Unternehmer und Arbeitswillige in enger Verbindung. Während des noch immer andauernden verhältnismäßig kleinen Streiks bei der Firma R. Edel sind bis jetzt nicht weniger als 17 Kollegen angeklagt worden. Verurteilt wurden bis jetzt zwei Kollegen mit je drei Tagen Gefängnis, einer bekam fünf Tage Gefängnis, und ein Kollege muß zwei Monate und vierzehn Tage abbrummen. Außerdem erhielten bis jetzt vier Kollegen eine Geldstrafe von je 8 Mk. und einer eine Strafe von 6 Mk. Einige Anzeigen wurden nach der Voruntersuchung wieder fallengelassen. Die Streikbrecher werden von den Gerichten reinewaschen. Das Merkmal ihrer schändlichen Handlungsweise bleibt jedoch an ihnen kleben.

Eingefandt.

An die Stuhlarbeiter Deutschlands! Im Laufe dieser Woche sind an alle Zahlstellen, wo Stuhlindustrie vertreten ist, Fragebogen gesandt worden. Die Zahlstellenverwaltungen und Sektionsführer ersuchen wir, dafür zu sorgen, daß der Fragebogen zur festgesetzten Zeit an die Zentralkommission zurückkommt. Sollten einzelne Orte bei der Zuführung der Fragebogen übergegangen worden sein, so ersuchen wir um sofortige Benachrichtigung. Dem Wunsch vieler Zahlstellen sind wir diesmal nachgekommen, indem wir zwei Exemplare der Fragebogen zugesandt haben. Wir hoffen, daß jeder Kollege mit dazu beiträgt, den Verwaltungen und Sektionsführern bei der Ausfüllung der Fragebogen ihre Arbeit zu erleichtern. Die Zentralkommission der Stuhlarbeiter. J. U.: Richard Wustlich, Rabenau.

An die Arbeiter und Arbeiterinnen der Schirmindustrie! Kollegen! Der Schirmmacherverband hat sich aufgelöst und sind die Mitglieder desselben dem Holzarbeiterverband angegliedert worden. Um nun denselben Zusammenschluß der Berufscollegen wie im Schirmmacherverband herbeizuführen, hat der Vorstand unterfertigte Zentralkommission beauftragt, die Verbindung unter den einzelnen Sektionen in die Wege zu leiten. Infolgedessen fordert die Zentralkommission die Schirmmacher wie auch die Verwaltungen auf, die Gründung von Sektionen der Schirmmacher herbeizuführen, oder dort, wo Sektionen der Stuhlarbeiter bestehen, die Schirmmacher der Stuhlarbeiter-

sektion anzugliedern, mit Ausnahme von Berlin, wo bereits eine eigene Sektion der Schirmmacher mit mehr als 100 Mitgliedern besteht. Außerdem ist es notwendig, überall Vertrauensleute zu wählen, die sich umgehend mit dem Unterzeichneten in Verbindung zu setzen haben. Insbesondere ersuchen wir die Verwaltungen, diesem Auftrag des Vorstandes ihre Aufmerksamkeit zuzuwenden zu wollen. Soweit wir ermitteln konnten, kommen zunächst folgende Orte in Frage: Aachen, Berlin, Bremen, Bromberg, Breslau, Diefeld, Warmen, Celle, Chemnitz, Dresden, Düsseldorf, Elberfeld, Frankfurt a. M., Hamburg, Hannover, Königsberg, Köln a. Rh., Leipzig, Mannheim, Mühlhausen i. G., München, Nürnberg, Stuttgart, Straßburg i. G., Trier und Wald (Hild.).

Die Zentralkommission der Kamm-, Schirm- und Stodindustrie.

J. U.: Jul. Sildebrandt, Niddorf, Seidowerstr. 611.

Zentralkommission der Korbmacher.

Die Nummern 48 und 49 unserer Zeitung enthielten ein Inserat, wonach die Firma Joseph Verbüffe in Niederbergheim 50 Korbmacher sucht. Meisegeld sollte vergütet werden.

Die angefertigten Ermittlungen haben nun ergeben, daß es sich nicht empfiehlt, diesem Gesuch zu folgen, denn erstens will Herr Verbüffe das verprochene Meisegeld nicht zahlen, und zweitens beabsichtigt er, ein Arbeitssystem einzuführen, bei welchem die Arbeiter noch schlechter daran sind als sonst. Jeder Korbmacher soll selbständig arbeiten, damit Herr V. von der Zahlung der Versicherungsbeiträge verschont bleibt usw. Unter diesen Umständen sehen wir uns veranlaßt, die Kollegen allerorts zu warnen.

Die Zentralkommission der Korbmacher.

J. U.: Emil Lehmann, Friedrichsfelde bei Berlin, Walderseeferstr. 26.

Literarisches.

Die nachbenannten Werke können auch durch die Verlagsanstalt des Deutschen Holzarbeiterverbandes, Berlin O. 2, Neue Friedrichstr. 2 bezogen werden.

Im Dienste der Technik. Geschichten für Arbeiterkinder von Richard Woldt, mit zahlreichen Illustrationen von Kurt Leopold. Verlag von Staben u. Co., Dresden. Preis eleg. gebunden 1.50 Mk.

Noch eben rechtzeitig vor Weihnachten ist dieses Buchlein erschienen, welches zweifellos bei unseren kleinen viele Freunde finden wird. Verschiedene Zweige der Technik sind in einer dem kindlichen Verständnis angepaßten Sprache beschrieben. Es sind kurze lehrreiche Geschichten, deren Wert durch die beigegebenen Illustrationen wesentlich erhöht wird. Die hübsche Ausstattung des Buches macht es für ein Weihnachtsgeschenk besonders geeignet.

Arbeitslosigkeit im Monat November 1910.

Ort	Zahlstellen haben berichtet	Anzahl der Mitglieder am Schluß des Monats	Arbeitslose Mitglieder am Orte				Zunahme oder Abnahme am letzten Tage des Monats	Unterstützung haben erhalten								
			vom vorigen Monat	Zugang in diesem Monat	Gesamtzahl	am letzten Tage d. Monats		Arbeitslose am Orte				Arbeitslose auf der Reise				
								Mittgl.	Tage	Mk.	Pf.	Mittgl.	Tage	Mk.	Pf.	
Danzig	84	2907	56	182	188	98	4	64	680	916	20	80	85	82	05	2
Stettin	41	8250	72	122	104	74	4	102	1022	1749	57	187	206	192	25	2
Breslau	40	6910	127	161	288	107	7	157	1482	2804	44	107	171	151	10	5
Berlin	88	35039	2430	4057	6487	2802	10	2228	25886	52740	59	891	698	681	88	7
Dresden	56	18827	109	802	471	128	6	182	1032	1888	87	177	275	288	05	—
Leipzig	59	15187	148	454	597	168	9	190	1531	2710	18	272	442	872	50	1
Erfurt	81	5617	39	88	77	87	6	88	498	680	25	202	249	204	08	2
Magdeburg	89	6177	84	174	258	91	17	182	1891	2080	79	200	444	404	09	8
Hamburg	65	18980	1048	1451	2494	995	86	1046	10575	24200	88	715	1076	990	15	1
Hannover	48	9336	144	392	476	156	10	167	1688	2760	82	418	671	610	86	8
Düsseldorf	54	8284	80	229	315	121	18	144	1188	1780	24	419	689	584	—	4
Frankfurt	50	9924	285	414	649	828	19	290	2827	4871	84	898	594	508	11	5
Nürnberg	40	10564	90	140	280	187	1	116	1090	1872	71	215	405	879	45	8
München	85	6091	145	388	529	181	2	180	1294	2408	25	208	878	847	57	6
Stuttgart	85	9610	54	157	211	100	15	88	740	1288	57	814	546	509	97	6
Hauptstadt	—	558	1	1	2	—	—	1	7	9	80	10	26	28	00	—
November 1910	798	101088	4858	8007	13165	5511	174	5020	52818	104406	48	4297	6850	6184	71	50
Oktober	703	159813	8789	10082	14401	4905	198	4608	47496	98389	44	5780	9408	8588	45	87
September	801	156833	8141	8080	12071	8889	180	8518	29989	58584	02	6048	10028	8899	81	84
August	808	155901	4202	9928	14190	8158	247	8524	29444	59957	82	8840	14820	18587	84	82
Juli	780	152995	4325	8628	12958	4202	206	5224	46282	90687	04	9001	14874	18488	17	46
Juni	802	152728	3980	8442	12872	4400	888	4808	40986	77087	56	8300	13187	12878	28	27
Mai	780	151072	8401	7645	11189	8970	201	8606	85718	88505	89	6988	11589	10579	70	42
April	781	150401	8485	7782	11167	8518	191	8848	82828	89725	89	5240	8751	8018	28	44
März	808	149806	4027	7049	11076	8478	217	8824	80904	88747	87	4505	7280	8816	18	10
Februar	794	149498	5881	6278	11659	4044	219	4227	44519	78655	55	4478	6958	5998	64	88
Januar	801	149669	7071	7970	15047	5488	251	6578	70720	118028	10	5120	7850	6979	84	22
Dezember 1909	805	149004	8804	8570	12464	7119	219	4105	45016	81871	45	8877	6987	5424	28	32
November	788	148125	3206	7173	10480	8888	168	2847	27566	88418	56	8861	6708	6221	65	32

Folgende Zahlstellen haben nicht berichtet: Jasrow, Br. Holland — Fiddichow, Laffan — Weuthen, Friedland, Uetowig, Gnesen, Mübnitz — Grotzen, Kallberge, Gildbenau, Schwedt, Senftenberg, Wittstorf, Zehdenitz — Borna — Ohrdruf, Zella-Mehlis — Wittenburg, Calbe, Wernigerode — Seeberg — Wredendach, Einbeck, Lehrte — Wietzen, Dulsburg, Schwelm, Wattencheid — Ebersbach, Wittelstadt, Oberstein, Trier, Wörth — Feucht, Hersbruck, Mitterteich — Verchtesgaden, Brudmühl, Jüssen, Glinzburg, Mindelheim — Wietzheim, Weisingen, Holzgerlingen, Laupheim, Troßingen, Zell-Schopfheim.

Zur besseren Uebersicht über den unterschiedlichen Umfang der Arbeitslosigkeit folgen wir noch folgende Vergleichszahlen bei:

Monat	Zahl der Arbeitslosen am letzten Tage des Monats						Auf je 100 Mitglieder entfallen Arbeitslose					
	1905	1906	1907	1908	1909	1910	1905	1906	1907	1908	1909	1910
Januar	2092	8256	4870	8408	10005	5488	2,58	2,47	2,87	5,81	7,07	8,69
Februar	1917	2813	4100	7033	8080	4044	1,81	1,73	2,08	4,80	5,67	2,72
März	1559	2121	3688	6520	6810	3478	1,44	1,50	2,15	4,48	4,40	2,82
April	1768	2170	3152	6754	5212	3518	1,61	1,54	2,92	4,92	6,02	3,84
Mai	1284	2127	2704	6136	4457	3970	1,16	1,48	1,87	4,39	6,10	2,68
Juni	1227	1916	2380	6180	4491	4400	1,08	1,88	1,60	4,18	8,10	2,88
Juli	1184	1612	2050	5874	3726	4292	1,00	1,18	1,81	3,72	2,57	2,80
August	901	1227	1751	4385	2861	3158	0,78	0,84	1,17	3,03	1,82	2,08
September	1080	1688	2575	4747	2717	3839	0,87	1,11	1,72	3,30	1,85	2,16
Oktober	1984	2989	3823	6484	8260	4904	1,56	1,62	2,60	3,83	2,21	3,10
November	1911	2817	4565	7018	3888	5511	1,49	1,58	3,07	4,97	2,08	3,42
Dezember	8290	4640	9250	12651	7101	—	2,52	2,03	5,58	8,89	4,77	—

Anzeigen.

Hamburg. Der paritätische Arbeitsnachweis ist am 1. Oktober 1910 eröffnet und befindet sich Hamburg, Börsenstraße 41. ...

München a. D. Der paritätische Arbeitsnachweis ist am 1. Oktober 1910 eröffnet und befindet sich München, ...

Paris. Die Gewerkschaft der Holzarbeiter in Paris stellt sich bereit, folgende Aufstellungen zu geben: Da immer wieder ...

Das ist um so dringender zu beachten, als auf Unterweisung ...

Wir warnen alle Kollegen vor etwaigen in ausländischen ...

Im Auftrage der Pariser Gewerkschaft der Tischler: Die deutsche Sektion Rue St. Bernhard No. 2, ...

Trenn, Bogl. Der Arbeitsnachweis befindet sich bei Karl ...

Wiesbaden. Der Arbeitsnachweis für Tischler, Maschinenarbeiter, Drechsler ...

Reisen, Bogl. Der Arbeitsnachweis befindet sich bei Karl ...

Karl Schubert, Tischler, Buchh. 447813, geb. 4. 9. 88 zu ...

Herm. Busch, Schreiner, Buchh. 26480, geb. 18. 11. 88 zu ...

Deutscher Holzarbeiter-Verband. Zahlstelle Hannover-Linden.

Unser Bureau befindet sich vom 22. November 1910 ab im neuen Partei- und Gewerkschaftshaus ...

Tischler auf furnierte Möbel für dauernde Beschäftigung bei ...

Möbelschreiner für bessere furnierte Salonmöbel gesucht.

Tüchtige Modellschreiner, saubere Arbeiter, stellt sofort ein ...

Tüchtige Möbelschreiner, welche nach Zeichnung gut arbeiten ...

Suche einen in allen modernen Holz- und Polierarten ...

Korbmacher auf Mattarbeit stellt sofort ein Ww. Th. ...

Suche sofort 8 tüchtige Korbmacher auf Mattarbeit. Louis ...

Einige tüchtige Westkarbeiter auf einjährige und ...

Tüchtiger Holzdrechsler samt mit wenig Kapital ...

Drechsler- u. Tischlerwerkstätte m. elektr. Betr. zu ...

1. Abtrichte- Hobelmaschine, 0,85 m breit, dazu eine ...

Diverse massive Gebäude, unmittelbar an ...

Alles zur Laubsägerei. Kerbschnitzerei und Holzbrandmalerei liefert allerbilligst: J.L. Mahn ...

Der Vertrauensmann. Die Tätigkeit der Werkstattvertrauensmänner im Deutschen Holzarbeiterverband ...

Deutscher Holzarbeiter-Verband. Zahlstelle Berlin. Dienstag, den 27. Dezember 1910 (dritter Feiertag) ...

Arbeiterwohnung. Vom Fachblatt für Holzarbeiter liegt nunmehr das ...

Qualitäts-Marken und Kautschuk - Stempel. Jean Holze & Co. Hamburg, ...

Fachschule Detmold. für Tischler u. für gewerbliche Zeichnen. Exterstrasse, Ecke ...

Tischler-Fachschule Detmold. gegründet 1893. Stadt, Schulgebäude, ...

einfacher und klarer Weise lehren die Selbstunterrichtswerke ...

Tischler-Schule Blankenburg. 1 bis 12 monatliche Kurse. Unter meiner ...

Deutschlands einziger m. Handels-Lehranstalt verbund. Tischler-Schule Ilmenau ...

Süddeutsche Schreiner-Fachschule. Nürnberg. Erweiterte Lehranstalt ...

Laubsägerei. Kerbschnitzerei :: Holzbrandmalerei liefert am ...

Ein praktisches Weihnachtsgeschenk. Fachblatt für Holzarbeiter. Der Jahrgang 1910 liegt nunmehr abgeschlossen vor ...

Der praktische Tischler. Instructives Handbuch für alle Zweige der Tischlerei. Herausgegeben von Prof. Chr. Herm. Walde ...